

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: ...

Organ für die werktätige Bevölkerung

Jernsprech-Anschlüsse: ...

Bezugspreis: ...

Vor der Steuer-Entscheidung.

Unser letztes Wort zur Finanzkrise.

(Draht erteilt unseres Berliner Büros.)

Der Reichstagler Dr. Wirth, der sich bei den bisherigen Steuerverhandlungen sehr zurückzieht, wird höchstwahrscheinlich heute eingreifen, um endlich eine Lösung herbeizuführen.

Edward Grey für „Wiederherstellung der Beziehungen mit Frankreich“.

Vorgestern fand in der Central Hall in Westminster eine Rundgebung der unabhängigen Liberalen statt, auf der Asquith und Lord Grey Reden hielten, deren Grundton die Forderung nach Beseitigung der Koalitionsregierung und Rückkehr zur Parteipolitik war.

Ein Zentrumsmann gegen die obereschlesische Autonomie.

Die obereschlesischen Zentrumsführer Wiska und Ehrhardt führen eine lebhafte Agitation für die bundesstaatliche Autonomie des deutsch bleibenden Oberschlesiens im Rahmen des Reiches, d. h. sie wollen den ganzen bisherigen Regierungsbezirk Oppeln außer dem abzutretenden Industriegebiet bei der kommenden Volksabstimmung von Preußen loslösen und als „Land“ im Rahmen der Reichsverfassung ähnlich wie Bayern, Baden oder Oldenburg stellen.

Kommt Amerika nach Genua?

Aus Washington wird gemeldet: Im Welken Hause wird erklärt, es sei noch nicht möglich, etwas über die Absichten der Regierung bezüglich der Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz von Genua zu sagen.

Die Vorbereitungen der Sowjetregierung für Genua.

Moskau, 24. Januar. (Funkpruch.) Die Mitglieder des Allrussischen Zentralerekutivkomitees sind zu einer außerordentlichen Session am 27. Januar einberufen worden, die über die Teilnahme Sowjetrusslands an der Genuaer Konferenz beschließen und die Wahl der Konferenzdelegation vornehmen soll.

Wschischewin wendet sich in einem Rundschreiben gegen die Behauptung der französischen Presse, daß Sowjetrussland die Konferenz von Genua dazu ausnutzen werde, um sie zu einer Propagandabühne zu gestalten.

Der russisch-französische Gegensatz in Genua.

Moskau, 23. Januar. (Funkpruch.) Ein Leitartikel der sowjetrussischen Moskauer „Iswestia“ bezieht sich auf Anlaß der Genuaer Konferenz die französische Bourgeoisie als den unerwünschten Feind Sowjetrusslands.

Die Sowjetregierung gegen die Entscheidung des Völkerbundes in der karelischen Frage.

Das bolschewistische Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht ein offizielles Communiqué über die karelische Frage. In diesem Communiqué heißt es unter anderem: „Die Sowjetregierung lehnt den Versuch des sogenannten Völkerbundes, sich in den russisch-finnischen Streit über Karelien einzumischen, entschieden ab.“

Bolschewistische Drohungen gegen Rumänien.

Anlaßlich der Abgabe Rumäniens, an der internationalen Hilfe für das hungernde Russland teilzunehmen, veröffentlicht die Moskauer „Iswestia“ einen Artikel, in welchem gegen Rumänien in scharfer Weise Stellung genommen wird.

Zur Annäherung zwischen Rumänien, Polen und der Tschechoslowakei.

Aus Bukarest wird gemeldet, daß dort im Frühjahr die Annäherung der drei Staaten betrachtet werden wird.

Mit Recht führt Jadowski aus, daß im Abstimmungsstempel von der Reichsregierung und den Parteien nicht die bundesstaatliche Autonomie versprochen worden ist, sondern nur das Stattfinden der Abstimmung darüber ohne besonderen Antrag, wie ihn die Reichsverfassung sonst erfordert.

Eine Versöhnung der Polen erwartet diese Zentrumsstimme von der Autonomie auch nicht, weil die Polen darin nur einen Schachzug für die Aufrechterhaltung des Zusammenhangs mit dem abzutretenden Gebiet und für dessen Wiedergewinnung sehen.

Dann berechnet der Zentrumsmann das finanzielle Ergebnis der Lösung Oberschlesiens von Preußen sehr ungünstig. Er vergleicht aber dabei z. B. nur die Kosten des bisherigen Provinziallandtages mit denen eines selbständigen obereschlesischen Landtages, ohne zu erwähnen, daß Oberschlesien bisher außer für den Provinziallandtag auch für den preussischen Landtag mit aufkommt.

Ob ein autonomes Oberschlesien der Polonisierung mehr oder weniger Widerstand leisten würde, als ein preussisches, muß ernstlich geprüft werden, ist aber auch nicht einfach zu entscheiden.

Frankreichs Forderungen und Angebote an England.

Ueber die gestern dem französischen Volkstheater in London erteilten Weisungen für Fortsetzung der Verhandlungen mit der englischen Regierung berichtet Agence Haas offiziös, die französischen Vorschläge betreffend den geplanten englisch-französischen Schutzvertrag seien folgende:

Die ursprünglich auf 10 Jahre festgesetzte Dauer des Abkommens sei nach Ansicht der französischen Regierung unzureichend; sie schläge eine Ausdehnung auf 15 oder 20 Jahre vor. Das Abkommen müsse den Charakter der Gegenseitigkeit tragen. Nicht nur ein deutlicher Angriff auf französisches Gebiet, sondern auch ein solcher gegen die alliierten Truppen in der neutralisierten Rheinzone müsse als feindselige Handlung gelten durch die das Abkommen wirksam werde.

In der belgischen Kammer

erklärte der Ministerpräsident zu der Frage des Zahlungsausschubs für Deutschland u. a.: Es ist erforderlich, daß Deutschland, damit man von ihm Entschädigungen erhalten kann, selbst einen gewissen Grad des Wohlstandes zurückzugewinnen vermag.

aus der Provinz Schlesien. Die Errichtung eines Grubenführeramtes

Der Preussische Landtag hat seinerzeit einem Antrag zugestimmt, der die Errichtung eines Grubenführeramtes und die Bildung einer Grubenführerkommission fordert. Inzwischen sind die Bestimmungen über die Errichtung eines Grubenführeramtes und die Bildung einer Grubenführerkommission erlassen.

Das Grubenführeramt wird im Ministerium für Handel und Gewerbe in Angelegenheiten bergpolizeilicher Angelegenheiten, soweit sie die Grubenführer betreffen, eingerichtet. In seinen Aufgaben gehört:

- a) die Bearbeitung der allgemeinen bergpolizeilichen Angelegenheiten, soweit sie die Grubenführer betreffen,
- b) das Unterrichten und die Unterweisung im Bergbau,
- c) die Durchführung von Versuchen zur Verbesserung der sicherheitlichen Einrichtungen im Bergwerksbetrieb. Die Leitung des Grubenführeramtes ist dem Bergpolizeidirektor des Ministeriums übertragen.

Die Grubenführerkommission gliedert sich in eine Hauptkommission und 5 Bezirkskommissionen. Die erste setzt sich zusammen aus: dem Leiter des Grubenführeramtes, der zugleich den Vorsitz führt, je einem Vertreter der Oberbergämter, 5 Vertretern der Bergwerksbesitzer, 5 Vertretern der Arbeitnehmer und 3 Mitgliedern des Preussischen Landtages.

Die Hauptkommission bildet eine beratende Stelle für den Minister in Fragen der Grubenführer und soll daher bei allen Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung auf diesem Gebiete gehört werden.

Die einzelnen Bezirkskommissionen, von denen je eine für je den Oberbergamtsbezirk gebildet wird, setzen sich zusammen aus: 1 Vertreter des Oberbergamtes, der zugleich den Vorsitz führt, 2 Bergwerksbesitzern, 2 Vertretern der Arbeitnehmer, 2 Vertretern der Bergwerksbesitzer und 2 Mitgliedern des Preussischen Landtages, die in dem Oberbergamtsbezirk ihren Wohnort haben.

Die Tätigkeit der Bezirkskommission umfasst:

1. Die Mitwirkung bei der Aufklärung größerer Unfälle.
2. die Klärung anderer wichtiger Fragen auf dem Gebiete der Unfallversicherung.
3. die Stellungnahme zu den Entwürfen von Bergpolizeiverordnungen.

Schweidnitz. Eine Versammlung des „Christlichen Handbolls“.

Unter dieser etwas merkwürdigen Spitzmarke hatte der Wirtschaftsbund der Kreise Schweidnitz-Reichenbach für Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 2 Uhr, eine Versammlung in den Volksgarten einberufen. Die sich, um es vorweg zu sagen, zu einer glatten Niederlage für die Veranstalter gestaltete. Da es sich um eine ausgesprochen christliche Versammlung handelte, so waren neben den Gewerkschaften usw. auch die Herren Geistlichen geladen, von denen einige erschienen waren, aber es hatten sich auch andere Herren eingeschrieben, nicht zuletzt waren unsere Genossen vom Lande und aus der Stadt zahlreich erschienen und der Saal bis auf den letzten Platz dicht besetzt. Das Referat hatte der deutsche nationale Abgeordnete und christliche Landarbeiterführer Herr Menner aus Breslau übernommen. Infolge einer von sozialdemokratischer Seite ergangenen Anfrage wegen Ausweitung der Versammlung wurde am Beginn der Versammlung und unteren Genossen, es wurde aber erreicht, daß Redefreiheit zugesichert wurde. Der Referent sprach zunächst viel vom Kriege und er vertritt sich dann ausführlich über den Wiederaufbau in der Landwirtschaft. In der dann einsetzenden Debatte ergriffen die Genossen Hilberich und Kianke das Wort. Erstere zeigte an der Hand reichhaltigen Materials, wie heute auf dem Lande das Verhältnis zwischen den Arbeitern und den Besitzern in Wirtschaft ist. Kianke dagegen rechnete mit dem Kapitalklassen- und Militärrentenführer und den sogenannten christlichen Arbeitern mit in der gründlichsten Weise ab. Beide Redner erzielten für ihre Ausführungen klumpehaften Beifall. Vom Lande und in der Stadt waren auch Herr Graf Kestner, ferner der Referent, dann Herr Genosse Hartmann zum Wort, bei dessen Zutreten die Versammlungsleitung das Podium verließ, so daß unsere Genossen die Versammlung vollständig beherrschten. Die Versammlung hatte so ziemlich ihr Ende erreicht und mit einem Hauch auf die Sozialdemokratie wurde dieselbe vom Genossen Kianke geschlossen. Die Versammlung hätte ruhiger verlaufen und die Veranstalter hätten sich die Erzeugung sparen können, wenn sie von vornherein der Genossenschaft gegenüber toleranter gewesen wären. Der Erfolg der Versammlung war auf unserer Seite.

Reifen. Ein neuer Geldraub ausgeführt. Am Sonntag nachmittags, gegen 5 Uhr, ist hier wiederum ein neuer Raubüberfall verübt worden. Als zwei Eisenbahnwägen die Tageseinnahmen der Güterkassette in Höhe von 131 000 Mark vom

Güterbahnhof nach der Stationskasse, die im Hauptbahnhof, gebäude liegt, bringen wollten, wurden sie an der Bärde in der Humboldtstraße von 4 bewaffneten Banditen überfallen und des Geldes beraubt. Obwohl sofort eine Verfolgung der Räuber aufgenommen wurde, gelang es nicht, die Täter festzunehmen. Damit sind in den letzten 3 Tagen nicht weniger als 5 Raubüberfälle in Stadt und Umgegend verübt worden, wobei den Tätern weit über 300 000 Mark in die Hände gefallen sind.

Briefkasten.

Allen Anfragen muß eine Besorgsamkeit entgegen. Besorgsamkeiten erhalten unsere Leser auf Verlangen von den Postämtern oder den Trägern; die Postbesitzer haben die Postkonten zu belegen. Es ist Pflicht der Briefkasten wochentags von 12-1 Uhr mittags.

Röhren. Die Unterseite wird nach dem vorgetragenen Sachverhalte hindern sein. Sie werden offenbar für die bereits genannten Unterführungen mit herangezogen werden. Nachfrage beim Magistrat erscheinend angebracht.

A. Jansenkühne berichten in vier Jahren vom Schluß des Jahres an gerechnet, in dem die Schuld entstanden ist. Es sei dem, daß 3. B. durch Anrechnung, eine Unterbrechung der Verzinsung eingetreten ist.

Wasserstand

vom 24. Januar 1922.

Katowice	1.50	Breslau (Ober-Weigel)	4.84
Knappitz	0.80	Breslau (Unter-Weigel)	3.52
Köslitz	0.64	Trebnitz	+ 3.58
Wiesenburg (Mittelland)	1.38	Frankfurt (Ober-Weigel)	4.24
Katowice	+ 1.79	Breslau (Unter-Weigel)	2.10
Wiesenburg (Ober-Weigel)	2.04	Dobruška	+ 1.48
Wiesenburg (Unter-Weigel)	1.26	Wassermühle	0.0

Bereinstalender.

Deutscher Arbeiterverband (Nittweide Breslau). Mittwoch, den 25. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses, Generalversammlung. Alles aus dem Arbeiterberuf hat zu erscheinen, da eine sehr wichtige Tagesordnung ist. Achtung! Arbeiter-Anwärter. Alle diejenigen, welche eine Anglerkarte in den Händen besitzen und im Besitz eines Mitgliedscheines sind, wollen denselben bis spätestens Donnerstag, den 26. Januar, bei unserem Schriftführer A. Graf, Seitengasse 8, abgeben.

Familiennachrichten

Sonntag, den 22. Januar, verschied nach kurzer, schwerer Krankheit die Frau unseres Kollegen **Glodeck**, 16317

Frau Beria Glodeck
im Alter von 63 Jahren 3 Monaten.
Ihre Leben war Arbeit und Mühe. Ruhe sandt! Die Arbeiter und Angestellten der S. D. C. E. L. A. G.
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der neuen Leichenhalle des Oswitzer Friedhofes.

Am 21. Januar verschied unser langjähriger Genosse 11272

Josef Hasler.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Genossen der Sozialdemokratischen Partei des Distrikts 4.

Am 21. Januar verschied nach kurzen, schweren Leiden unser hochverehrter Chef, der Möbelfabrikant

Herr Erich Steinadler
im Alter von 31 Jahren. 10308
Leicht sei ihm die Erde! Gewidmet in dauerndem Andenken von seinem gesamten Personal.
Beerdigung: Mittwoch, 25. Januar, nachm. 2 Uhr, v. d. Halle des St. Georgs-Friedhofes in Cosel ans.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Tode unserer lieben Mutter sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem M.-G.-V. „Seid einig“ und dem Herrn Kaplan für seine trostreichen Worte am Grabe unseren besten Dank.

in Namen der trauernden Hinterbliebenen

Robert Leisner
Hartlich.

Ich kaufe sofort jede Nähmaschine, alt, neu, auch unbrauchbar, Kinderwagen, Werkzeuge, Drehbank. **Zahle höchste Preise.** **Wienziers, am Gräblichenerstr. 45**

L. Rosner
Spezialhaus für **Wohnungseinrichtungen**
Gartenstraße 3
am Sonnenplatz

Stadt-Theater.
Dienstag 7 1/2 Uhr:
Die Bohème.
Gespielt des Kompositionsgastes **Adolf Lüttgen**
1772
Donnerstag 7 Uhr:
Der Göttergatte.

Schauspielhaus.
Opern- und Schauspieltheater.
Heute u. morgen 7 1/2 Uhr:
Die Straßensängerin.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Der letzte Walzer.

Zeitgarten
Res Maslankowatz
Heute sowie täglich:
Paul Thomas
der Weltkordmann.
Dann das neue neue Variété Prog. am. Anfang 7 1/2 Uhr.

Dominikaner !!
Täglich Punkt 7 1/2 Uhr
Das über 1000 Familien-
genannte die Ursache zum
Leidenschaft e. Verbrechen.
Jedoch hat die Liebe zum
Kind eine noch größere
Gewalt über d. Menschen.
Liebe- und Sittdrama
in 5 Akten.

ZEPTEKINO
Her bis Donnerstag:
Das Ende des Circuskönigs
Edel Folio, der amerikanischen Harry Field
Der Preisbozer von Californien
6 Akte. 11278
Anschließend:
Lustspiel in 3 Akten
Paul Haldemann
als Komiker-Genosse
O diese Weiber
Ab Freitag:
Der geheimnisvolle Detektiv
Neueste Episoden aus Amerika eingeführt.

Der schwarze Zeuge
Hochspannung. Kriminal-
drama in 6 Akten.
Matthäi Die Feuerwehler!
Ein Lustspiel zum Totlachen.

Voranzeige.
Nachgehende Schlegel
laufen in unserem Theater
Ab 24. März:
Die Hühner und Lamm
36 Akte
Ab 24. April:
Der Zirkusbozer
36 Akte

Bitte bei allen Ein-
fahrten stets
die Interenten unserer
Zeitung zu berücksichtigen

Parteilreunde
kaufen Bahnkarten,
verlangt in Hotels,
Restaurants, Cafés
stets die
Volkswacht

Kleine Anzeigen
in der
Zeitung sind
billig und
erfolgreich

Bereinigtes Theater in Breslau.
Direktion: Paul Szenes.
Robe-Theater, Maria Thalia-Theater.
Dienstag 7 1/2 Uhr:
„Die Hühner und Lamm“
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
„Der schwarze Zeuge“
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Die Hühner und Lamm“

Berichtigung.
Anstatt 27. Januar, 7 1/2 Uhr,
S. 1. S. 1. S. 1. S. 1. S. 1. S. 1.
S. 1. S. 1. S. 1. S. 1. S. 1. S. 1.

**Stroh-
Schnitzerei**
Neugartstraße 23.
Wieder 3 Schlegel
in einem Programm.
Der Roman einer Geheimgagentin
Die Jagd nach dem Lamm
ist auch in diesem Sitten-
drama die Ursache zum
Leidenschaft e. Verbrechen.
Jedoch hat die Liebe zum
Kind eine noch größere
Gewalt über d. Menschen.
Liebe- und Sittdrama
in 5 Akten.

Maschen
erschließbar, verleiht
Bücher, Grünstr. 9.

**Gesellschaftshaus Kinke-Garten
= Scheffnis =**
Parkstraße 33.
Straßenbahnlinien 10, 18 und 21.
Jeden Mittwoch:
Vornehmer Tanz
Weiz-Diale - Lütz-Stube - Neue Musik.

Sozialdemokratie und Landwirtschaft
von Georg Schmidt
Preis nur 60 Pfg.
Bestellungen werden von der Expedition dieses
Blattes sowie von sämtlichen Kolporteurs
entgegengenommen.

Zur Saison 1922
empfehlen wir den geachteten
Verleibern und Privaten zur
Beschaffung aller vorkommen-
den Drucksachen bei billigerster
Berechnung in kürzester Zeit

Volkswacht
Buchdruckerei
Breslau 2, Markstraße 4/6
Telefon Ring 1206

Bekanntmachung!

In der Nacht vom 20. zum 21. Januar wurden aus unserem Güterverkehr in Cosel

12 Leder-Treibriemen
geklaut. H. 3, H. 4, H. 6, H. 7, H. 8, H. 10, H. 11, H. 13, H. 15, H. 17, H. 18, H. 22, in Längen von 4-18 m, Breiten von 6-18 cm und 5-10 mm stark.

gestohlen.
Vor Ankauf wird dringend gewarnt. Für Angaben, die zur Ermittlung des ober der Diebe, sowie zur Wiederbeschaffung der Riemen führen, setzen wir eine hohe Belohnung aus.

Huta, Hoch- und Tiefbau N.-G.
11257
Breslau, Junterstraße 41/43.

Verloren
am Samstagabend 8 1/2 Uhr. von
Damenstüberl. Band bis Garten-
straße, ehrl. Finder hohe Be-
lohn. Heber, Gartenstr. 88, L.

Zu kaufen gel.
Altmetalle
kauft zu höchsten Preisen
Jungbl. Gürtelstr. 4.

Altmetalle!!!
(Weiß, Kupfer, Blei,
Zinn, Eisen usw.)
kauft zu höchsten Preisen
Breslauer Metall-
und Eisen-Verwertung
Bojenerstr. 36!!!

Zum Verkauf
Zwei gut erhaltene
mit Platz zu verkaufen
Friedrich-Wilhelmstr. 37,
H. II. bei Watschko.

**Alle denken, was es
Gruis-
Kriegsberg
Umsinn Gruis**
In der Tona Obergewer's Nittweide
auf's Best
empf. wech.
3. Quart.
Wahrung des
Nachschlags
perle-Gruis
bei je emp.
zu haben in
allen Apotheken, Drogerien und Pharmazien.

Arbeitsmarkt

Schneider
auf Cutaway und Röcke, Serie in
finden dauernde Beschäftigung.

A. Kreuzberger
Eagros-Abteilung 11274
Büttnerstraße 1.

Blumenschneiderinnen
aber nur solche, welche jahrelang
geübt sind und regelmäßig liefern,
haben besonders lehrreiche Arbeit und
große gleichmäßige Einnahmen bei

W. Kuntze Nachf. Alfred Schönfeld
Grabenstraße 12.

**Blumen-
Schneiderinnen**
kauft Blumenschneiderinnen
Jungbl. Gürtelstr. 4, L.
Dach, 3. St., St. 350,
St. Rome 1250.

**Blumen-
Schneiderinnen**
kauft Blumenschneiderinnen
Jungbl. Gürtelstr. 4, L.
Dach, 3. St., St. 350,
St. Rome 1250.

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: 1.50 Pf. für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien...
2.50 Pf. auswärts 1.75 Pf. Anzeigen unter Text
1.50 Pf. auswärts 1.25 Pf. Familienanzeigen 0.60 Pf. Stellenangebote,
Stellensuche, Verleihe, Verammlungen und Wohnungs-Anzeigen 0.50 Pf.
Kleine Anzeigen pro Wort 0.50 Pf., das letzte Wort 1.00 Pf. Anzeigen für
die nächste Nummer müssen bis nachmittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-
Expedition Marktstraße 46/47 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlags- und Anzeigengeschäft: Postfach Ring 1206, Redaktion Ring 314 L
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist
durch die Haupt-Expedition: Marktstraße 46, durch
die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Grabenstraße Nr. 5, durch die
Zweigstellen, Abgabestellen Kellerei, Marktstraße 140, sowie durch
alle Aussträger zu beziehen. Wöchentlich 2.50 Pf., monatlich 10.00 Pf.,
vierteljährlich 27.50 Pf., halbjährlich 52.50 Pf., jährlich 100.00 Pf.

Vor der Steuer-Entscheidung.

Unser letztes Wort zur Finanzkrise.

(Der Bericht unseres Berliner Büros.)

Der Reichst. angler Dr. Wirth, der sich bei den bisherigen Steuerverhandlungen sehr zurückzieht, wird höchstwahrscheinlich heute eingreifen, um endlich eine Lösung herbeizuführen. Es ist zu erwarten, daß er einen Kompromißvorschlag vorbereitet hat. Noch am Dienstag abend wurde der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Mitteilung von einem Kompromißvorschlag gemacht, der vielleicht eine Verständigung wenigstens zwischen Zentrum und Sozialdemokratie ermöglichen könnte. Es handelt sich um den Plan einer Kredithilfe, der jetzt ablehnt sifiziert werden soll und von dem man die Ausbringung eines Betrages von mindestens 1 Milliarde Goldmark erwartet. Die Zinsen sollen die großen Wirtschaftsverbände aufbringen. Dieser Plan ist bekanntlich nicht mehr neu, sondern wurde bereits früher von der Industrie bedingungslos in Aussicht gestellt. Man verlangte damals bekanntlich die Privatisierung der Eisenbahn und andere Zugeständnisse bei einer voll. Durchführung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wollte zu diesem Kompromiß gestern keine endgültige Stellung mehr nehmen. Es heißt jedoch Wahrscheinlichkeit dafür, daß falls der Entwurf einer gesetzlichen Kredithilfe durch ein Mandatgesetz mit dem Steuerantrag in Verbindung gebracht wird, vielleicht eine Basis gefunden ist, über die die Sozialdemokratie mit sich reden lassen wird.

Ob außer der Zentrumsfraktion auch die Demokraten dieser neuen Angelegenheit ihre Zustimmung geben würden, steht noch völlig im Dunkeln. Sicher ist nur, daß die Deutsche Volkspartei auch den letzten Kompromißvorschlag ablehnen wird. Auch durch diese Ablehnung wird sich die Sozialdemokratie keinesfalls einschüchtern lassen. Genosse Hermann Müller hat in der gestrigen interfraktionellen Sitzung die Situation aus dem Hinweis auf unsere Forderungen treffend durch die Erklärung gekennzeichnet: „Das ist unser letztes Wort.“ Es liegt also in den Händen der bürgerlichen Parteien, geschicklich zu beweisen, ob sie opferwillig sind, oder ob ihnen der Sturz des Kabinetts Wirth jetzt vor Genua lieber ist.

Frankreichs Forderungen und Angebote an England.

Ueber die gestrigen dem französischen Völkerverein in London erteilten Weisungen für Fortsetzung der Verhandlungen mit der englischen Regierung bezüglich der Agence Havas offiziell, die französischen Vorschläge betreffend den geplanten englisch-französischen Schutzvertrag seien folgende:

Die ursprünglich auf 10 Jahre festgesetzte Dauer des Abkommens sei nach Ansicht der französischen Regierung unzureichend; sie schlägt eine Ausdehnung auf 15 oder 20 Jahre vor. Das Abkommen müsse den Charakter der Gegenseitigkeit tragen. Nicht nur ein deutscher Angriff auf französisches Gebiet, sondern auch ein solcher gegen die alliierten Truppen in der neutralisierten Rheinzone müsse als feindselige Handlung gelten durch die das Abkommen wirksam werde. Schließlich müsse die militärische Unterstützung beider Mächte für den gegebenen Fall hinsichtlich des Umfangs und der Dauer zwar nicht in einer Militärkonvention wie zu Unrecht behauptet worden sei, festgelegt, wohl aber durch dauernde Abmachungen zwischen beiden Generalstäben, ähnlich denen des Jahres 1918, geregelt werden. Die Orientfrage wird durch eine Konferenz der Minister des Auswärtigen von England, Italien und Frankreich Anfang Februar in Paris verhandelt werden. Das Abkommen von Angora steht jetzt nicht mehr auf der Tagesordnung. Der entscheidende Punkt der Debatte ist, wie die drei Mächte den Griechen und Türken ihre Vermittlung vorzuschlagen könnten, um die Fortdauer der Feindseligkeiten zu verhindern. Ueber die Konferenz von Genua sollen später Unterhandlungen aufgenommen werden, bis jetzt habe die Sowjetregierung die offizielle Einladung zu der Konferenz noch nicht beantwortet. Die ersten Beratungen der Konferenz in Genua sollen sich nach dem Wortlaut der Tagesordnung auf die Möglichkeit beziehen, die Grundzüge in die Praxis umzusetzen, die die politische Freiheit im Innern, die Räumung vor dem Eigentum der Ausländer, die Anerkennung der öffentlichen Schulden, die Einführung eines normalen Währungs-systems und den Verzicht auf jede Propaganda und auf jeden Angriff gegen die Nachbarstaaten umfassen. Die französische Regierung werde höchstwahrscheinlich Wert darauf legen, sich im Voraus mit den übrigen alliierten Mächten über den Sinn der Garantien zu verständigen, deren in der Praxis diese Grundzüge bedürften und werde dementsprechend ihre Durchführung auf gemeinsamer Grundlage verlangen.

In der belgischen Kammer

erklärte der Ministerpräsident zu der Frage des Zahlungsausschubs für Deutschland u. a.: Es ist erforderlich, daß Deutschland, damit man von ihm Entschädigungen erhalten kann, selbst einen gewissen Grad des Wohlstandes zurückzugewinnen vermag. Die belgische Priorität muß gewissenhaft respektiert werden. Im Augenblick des rücktrittes Briand hätte man sich dahin geeinigt, die Zahlungen Deutschlands für 1922 auf 720 Millionen festzusetzen, wovon Belgien 380 Millionen auf Grund seiner Priorität erhalten sollte.

Edward Grey für „Wiederherstellung der Beziehungen mit Frankreich“.

Vorgesitern fand in der Central Hall in Westminster eine Kundgebung der unabhängigen Liberalen statt, auf der Asquith und Lord Grey Reden hielten, deren Grundton die Forderung nach Befestigung der Koalitionsregierung und Rückkehr zur Parteipolitik war. Asquith erklärte, die unabhängigen Liberalen seien für Frieden, für Wiederherstellung des internationalen Vertrauens, für Freihandel, Herabsetzung der Tarife zur Erschließung von Märkten, Verminderung der unproduktiven Ausgaben, Herabsetzung der Steuern und für eine gründliche Abwägungspolitik. Lord Grey nannte die Beziehungen zu Frankreich eine ernste Frage und erklärte: Der Oberste Rat habe den Glauben und das Vertrauen untergraben, das so viele Jahre zwischen Frankreich und uns bestanden hat. Die Wiederherstellung der Beziehungen mit Frankreich ist eine Hauptforderung in der heutigen europäischen Politik. Bevor nicht dieses alte Vertrauen zwischen beiden Regierungen hergestellt ist, wird keine Konferenz und kein Versuch, Europa wieder aufzubauen, gelingen.

Kommt Amerika nach Genua?

Aus Washington wird gemeldet: Im Weißen Hause wird erklärt, es sei noch nicht möglich, etwas über die Absichten der Regierung bezüglich der Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz von Genua zu sagen. Indessen werde eine amtliche Erklärung über diese Frage vor Ende der Woche erfolgen.

Die Vorbereitungen der Sowjetregierung für Genua.

Moskau, 24. Januar. (FunfSpruch.) Die Mitglieder des russischen Zentralerekutivkomitees sind zu einer außerordentlichen Session am 27. Januar einberufen worden, die über die Teilnahme Sowjetrusslands an der Genuezer Konferenz beschließen und die Wahl der Konferenzdelegation vornehmen soll. Die Anwartschaft Tschitscherins auf die Einladung Bonomis erklärt, daß die russische Delegation mit allen Vollmachten ausgestattet sein werde. Ferner enthält die Note die Aufforderung, möglichst bald genaue Angaben über die Zusammensetzung der Konferenz und über ihr Programm zu machen, damit die Sowjetregierung die Möglichkeit habe, rechtzeitig dazu Stellung zu nehmen.

Tschitscherin wendet sich in einem Rundschreiben gegen die Behauptung der französischen Presse, daß Sowjetrussland die Konferenz von Genua dazu ausruhen werde, um sie zu einer Propagandatribüne zu gestalten. Dies sei absolut unwahr. Wir erheben schon lange eine Annäherung an die anderen Mächte, vor allem in Wirtschaftfragen und gehen mit dieser Absicht zur Konferenz. Der Wiederaufbau Russlands ist die Aufgabe der Sowjetregierung, die damit nicht den leisesten Gedanken an Propaganda verbindet. Wenn der „Temps“ vom 18. Januar sich auf die „Pravda“ beruft, die von einer Fortsetzung unseres Kampfes in einer neuen Form spricht, so meint die „Pravda“ nichts anderes als den Kampf um unsere Existenz und die Befestigung der Volksgewalt in Russland. Uebrigens muß man davon Notiz nehmen, daß die „Pravda“ ein Verbotsgesetz (?) ist, für welches die Sowjetregierung beim Volkskommissariat des Außen nicht verantwortlich ist. Tschitscherin.

Der russisch-französische Gegensatz in Genua.

Moskau, 23. Januar. (FunfSpruch.) Ein Leitartikel der sowjetfunktionalen Moskauer „Iswestia“ bezeichnet aus Anlaß der Genuezer Konferenz die französische Bourgeoisie als den unverwundlichsten Feind Sowjetrusslands. Frankreich werde sich an der internationalen Konferenz hauptsächlich zu dem Zwecke beteiligen, um den Friedensschluß zwischen Russland und den anderen Staaten und die Anerkennung der Sowjetregierung zu hintertreiben. Sowjetrussland werde sich nach Kräften gegen diese Absichten Frankreichs wehren.

Die Sowjetregierung gegen die Entscheidung des Völkerbundes in der karelischen Frage.

Das bolschewistische Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht ein offizielles Communiqué über die karelische Frage. In diesem Communiqué heißt es unter anderem: „Die Sowjetregierung lehnt den Versuch des sogenannten Völkerbundes, sich in den russisch-finnischen Streit über Karelien einzumischen, entschieden ab.“

Bolschewistische Drohungen gegen Rumänien.

Anlaßlich der Abgabe Rumäniens, an der internationalen Hilfe für das hungernde Russland teilzunehmen, veröffentlicht die Moskauer „Iswestia“ einen Artikel, in welchem gegen Rumänien in harter Weise Stellung genommen wird. Der Artikel endigt mit der Drohung, daß Rumänien einst mit den Bajonetten der Roten Armee Bekanntheit machen wird.

Zur Annäherung zwischen Rumänien, Polen und der Tschechoslowakei.

Was Bukarest wird gemeldet, daß dort im Frühjahr die Ankunft des Präsidenten der tschechoslowakischen Republik Masaryk und des Staatschefs der polnischen Republik, Pilsudski, erwartet werden. Die Ankunft der beiden Präsidenten wird in Bukarester Regierungskreisen als ein Zeichen der weiteren politischen Annäherung der drei Staaten betrachtet.

Ein Zentrumsmann gegen die obererschlesische Autonomie.

Die obererschlesischen Zentrumsführer Ullrich und Ehrhardt führen eine lebhafteste Agitation für die bundesstaatliche Autonomie des deutsch bleibenden Oberschlesiens im Rahmen des Reiches, d. h. sie wollen den ganzen bisherigen Regierungsbezirk Oppeln außer dem abzutretenden Industriegebiet bei der kommenden Volksabstimmung von Preußen loslösen und als „Land“ im Rahmen der Reichsverfassung ähnlich wie Bayern, Baden oder Oldenburg stellen. Dagegen tritt in der „Schlesischen Volkszeitung“ ein obererschlesischer Geistlicher, der Zentrumsmann Pfarrer Jaskowski (Mierschel) für das Verbleiben Oberschlesiens bei Preußen ein. Seine Begründung für diese Haltung ist sehr beachtenswert.

Mit Recht führt Jaskowski aus, daß im Abstimmungskampf von der Reichsregierung und den Parteien nicht die bundesstaatliche Autonomie versprochen worden ist, sondern nur das Stattfinden der Abstimmung darüber ohne besonderen Antrag, wie ihn die Reichsverfassung sonst erfordert. Hinzugefügt werden muß allerdings hier, daß Reichsregierung und auch preussische Regierung sich damals gewissermaßen auch für eine illoyale Respektierung des Abstimmungs-ergebnisses gebunden haben, die durch den etwas unklaren Artikel 18 der Reichsverfassung noch nicht eindeutig vorgeschrieben ist. Der Wunsch des Zentrums, möglichst viele obererschlesische Verwaltungsposten mit seinen Freunden zu besetzen, kann nach der Meinung dieses Zentrumspfarrrers, der sich auf zahlreiche Bestimmungsgenossen im obererschlesischen Zentrum beruft, auch unter der Zugehörigkeit zu Preußen erfüllt werden, sobald die katholisch-konfessionell organisierten politischen Kreise sich nur rühren. Diese Behauptung wird man nach den bisherigen Erfahrungen mit der Macht des Zentrums in Verteilungsfragen unsererseits durchaus bestätigen können.

Eine Versöhnung der Polen erwartet diese Zentrumstimme von der Autonomie auch nicht, weil die Polen darin nur einen Schachzug für die Aufrechterhaltung des Zusammenhangs mit dem abzutretenden Gebiet und für dessen Wiedergewinnung sähen. Eine polnische Pressestimme in diesem Sinne wird zitiert. Ihr steht allerdings die sichere Aussicht gegenüber, daß die Polen in Oberschlesien, immerhin nach Jaskowski, fast 200 000 polnische Abstimmter unter 1 300 000 Einwohnern des deutsch bleibenden Gebietes, diese Wirkung der Autonomie kaum so sehr fürchten werden, daß sie nicht auch ihre Rechte geschlossen für die Autonomie stimmen würden.

Dann berechnet der Zentrumsmann das finanzielle Ergebnis der Loslösung Oberschlesiens von Preußen sehr ungünstig. Er vergleicht dabei z. B. nur die Kosten des bisherigen Provinziallandtages mit denen eines selbständigen obererschlesischen Landtages, ohne zu erwähnen, daß Oberschlesien bisher außer für den Provinziallandtag auch für den preussischen Landtag mit aufkommt, also jetzt für zwei Parlamente, neben dem Reichstag, im Fall der Autonomie nur für eines. Ob es durchaus eine Landesuniversität und eine Technische Hochschule braucht, wie es anzunehmen scheint, wäre auch noch die Frage. In diesem Punkt liegen u. E. andere als finanzielle Bedenken gegen die obererschlesische Autonomie vor, nämlich die gegen seine besondere kulturelle Leistungsfähigkeit nach der Trennung vom übrigen Schlesien, weniger nach der wie von Preußen.

Ob ein autonomes Oberschlesien der Polonisierung mehr oder weniger Widerstand leisten würde, als ein preussisches, muß ernstlich geprüft werden, ist aber auch nicht einfach zu entscheiden. Die Auflösung des Reiches in mehr katholische und mehr evangelische Bundesstaaten schließlich, die dieser Zentrumsmann als Schädigung der katholischen Minderheiten fürchtet, könnte wohl durch die zusammenhaltende Kraft des Reiches und Verstärkung des reichsrechtlichen Schutzes der Gewissensfreiheit ausgeglichen werden. Die ganze Frage bedarf auch seitens unserer Partei noch gründlicher Prüfung, die mit diesem Hinweis auf eine beachtenswerte Zentrumstimme nur aufreue angeregt werden soll.

Die Schuldebatte im Reichstag.

Nach Besichtigung einer Reihe von Anträgen wird die Aus- sprache über das Reichsschulgesetz fortgesetzt.

Abg. Ruhnert (U. Sor.): Der Gesetzentwurf ist sehr mangel- haft. Eltern und Kinder sind nicht dazu gehört worden, auch die Lehrer sind nicht gefragt worden, was sie darüber denken. Der Reichstagspräsident spricht sich ganz entschieden gegen den Ent- wurf aus. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit, wie sie in der Reichsverfassung verbürgt wird, wird durch den Gesetzentwurf aufgehoben. Er ist das Resultat des Weimarer Schulkompromisses. Wir werden die Vorlage entschieden bekämpfen. Dr. Runkel hat gestern hier wieder einmal den vulgären Materialismus mit dem historischen Materialismus verwechselt. Eigenartig berührt es, wenn man dem Staatssekretär Schulz die Anhänger des Schul- reformers Schulz gegenüberstellt. Der Schulreformer schrieb die Schaffung eines Reichsschulgesetzes müsse auf der Grundlage der Weltlichkeit der gesamten Schulreform erfolgen. Auf alle Fälle muß die Schulreform in der Richtung der Weltlichkeit vor sich gehen. Die ideale Schule ist jedoch nur möglich, wenn der Klassen- staat beseitigt ist.

Abg. Weib (Dem.): Man muß sich fragen, warum gerade jetzt in diesen kritischen Tagen die Regierung diesen Gesetzentwurf zur Beratung bringen läßt. Der Zeitpunkt ist durchaus un- geeignet. Die Beratung zeigte bis jetzt, daß die konfessionellen Gegensätze noch sehr tief das Volk zerschneiden. Die Vergewaltigung der Dissidenten, wie sie früher vorfam, hat nun zu einer Reaktion geführt. Der Artikel 146 Abs. 2 findet zahlreiche Anhänger. Festzuhalten ist, daß der Staat Schulherr ist. Der Staat ist Träger, nicht Mächtig der Schule. Merkwürdig berührt es, dem Staatssekretär Schulz betonen zu hören, daß die pädagogischen Gesichtspunkte hinter den politischen hätten zurück- treten müssen. Vielleicht hält der Herr Staatssekretär Schulz mit dem Schulreformer Schulz im stillen Kämmerlein eine kleine Zwiegespräche. Der § 13 des Entwurfs macht aus der Bekenntnis- schule ganz etwas anderes, als sie früher war. In der neuen Bekenntnisschule soll nicht nur Religionsunterricht erteilt werden, sondern der gesamte Unterricht soll im Geiste des Bekenntnisses gegeben werden. Wir

bestreiten, daß nur dem Religionsunterricht ein besonders hoher erzieherischer Wert innewohnt.

Der Geschichtsunterricht, wie der naturkundliche Unterricht, um nur zwei Beispiele zu nennen, haben ebenfalls erzieherische Bedeutung. Jedes Fach hat seine eigene Methode und das Hindernis der Konfession auf die anderen Fächer führt pädagogisch zu Unzutraglichkeiten. Merkwürdig ist es, daß die Simultanschule getrieben von Herrn Mumm so ge- lobt wurde, nachdem Jahrzehntlang die Rechte gegen diese Schulart gekämpft hat. In der Simultans- schule kommen alle Unterrichtsfächer in gleicher Weise zu ihrem Recht. Wir haben nichts gegen das Anmeldeverfahren, aber es kann nicht jeder seine Schulart beantragen. Die

Meltonschulgesetz sind Voraus-

setzungen in einer Zeit, wo alle Gemeinden und auch der Staat und die Länder kein Geld haben. Das Elternrecht in allen Ehren, aber es hat seine Grenze an dem Recht des Staates. Unser Ziel ist die nationale Einheitschule, doch wollen wir der Bekennt- nisschule die verfassungsmäßige Gleichberech- tigung zugesprochen.

Staatssekretär Schulz:

Ein Reizgesetz bringt uns nicht weiter. Wenn der Zeit- punkt der Beratung beanstandet wird, so trifft die Schuld nicht die Regierung, die den Entwurf dem Reichstag längst zu- gestellt hat. Auch ich bedauere den Zeitpunkt. Gleichwohl zeigen die jetzt so kritischen Tage, daß gerade wegen der großen Not auf einen Ausgleich in der Schulfrage hingearbeitet werden muß. Bei diesem Gesetzentwurf ist es nur zu verständlich, wenn der Politiker das Wort führt, ohne natürlich den Schulfachmann betriebe zu schämen. Es ist nicht richtig, daß wie Herr Ruhnert sagte, zwar die Bischöfe, aber nicht die Lehrer gehört worden seien. Weber, weil das ins Merkwürdige geführt hätte. Die Wünsche der Vertreter aller Parteien sind gehört worden. Der Entwurf, daß der Ent- wurf nicht alles regelt, was geregelt werden muß, trifft daneben. Nichts hat die Regierung alles weggelassen, was nicht un- mittelbar mit dem Artikel 146, Abs. 2 zusammenhängt. Dieser Artikel ist an und für sich schon ein so kompliziertes und schwieriges Ding, daß die Beschränkung auf das Bekenntnis durchaus not- wendig war. Die Regelung des Privatschulwesens von dem hier zur Beratung stehenden Fragen erledigt werden. Den Vor- wurf der Verfassungswidrigkeit lehnen wir ab. Die Formel des Weimarer Schulkompromisses ist eben sehr bedeutend. Die Ausschussberatungen sind vielleicht zeigen, daß der Entwurf doch nicht so schlecht ist, als er hingestellt wird. Der Entwurf wurde von dem Redner der Demokraten und der Deutschen Volkspartei heftig kritisiert, aber die Deutsche Volkspartei sah zu der Zeit, als der

Minister Koch, der zu den Demokraten zählt, den Entwurf herzustellen ließ, in der Regierung.

Ich bin nicht der Vater des Entwurfes, viele Faktoren im Reich und in den Ländern teilen sich in die Vaterrolle.

Die Frage der Stellung der Lehrerschaft in dem neuen Schul- wesen und die Wahrung ihrer staatsbürgerlichen Rechte ist ein sehr bedeutsames Kapitel, das hauptsächlich im Ausschuss die För- derung findet, die es verdient. Wenn der Abg. Hellmann meinte, die Gemeinschaftsschule sei eine verküppelte Be- kenntnisschule, so stimmt das nicht ganz; denn in der Bekenntnisschule hat die Konfession auf alle Fälle einen Einfluß. Auch

die Regierung ist keine Freundin der Weltanschauungsschule. Ihre Aufnahme in den Entwurf verdankt sie lediglich der juristischen Gewissenhaftigkeit. Im Ausschuss sind die Sachleute, die ja schon hier unter sich sind (Heiterkeit), näher beieinander, und es ist zu hoffen, daß viele Schwierigkeiten eine bessere Lösung finden, als das in diesem Entwurf der Fall ist. Ich habe unter diesen Umständen meine Unterschrift gesetzt, weil ich glaube, ihn gerade noch verantworten zu können.

Ein Entwurf ist noch kein Gesetz, hoffen wir, daß dieser Ent- wurf zu einem Gesetz führt, das die so notwendige Beruhigung der Geister bringt.

Abg. Frau Lang-Brumann (Bayr. Volkspartei): Die Ge- meinschaftsschule sieht der weltliche Schule zum Verwechseln ähnlich. Die Bekenntnisschule wird zurückgelassen. Wir lehnen deshalb den Gesetzentwurf ab. Die Schule ist nur eine Hilfsanstalt der Familie; deshalb hat die Familie das erste Wort zu sprechen.

Abg. Frau Jellin (Komm.): Die gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs über den vorliegenden Gesetzentwurf waren keine Begründung, sondern nur eine Entschuldigung, ein Prätext für widerwärtige Umstände. Die neue Schule muß das Durchschnitts- niveau der kommenden Generationen geistig und sittlich heben. Wir weisen weltliche Nebenstellen energig zurück, und verlangen, daß die weltliche Schule an Stelle der alten nationalen Schule die Haupterziehungsanstalt werde. Wir

wissen, daß das Schicksal der Schule des Volkes nicht hier im Reichstag geschieden wird.

Wir führen den Kampf um die Schule als Kulturkampf und den Kulturkampf als Teil des proletarischen Klassenkampfes. Erst nach dem Siege des Proletariats ist eine wirkliche Schulreform möglich.

Staatssekretär Schulz:

Der Entwurf, der jetzt zur Beratung steht, ist nicht jenes Reichsschulgesetz, das ursprünglich eine Schulrevolution oder die ganze große Schulreform bedeutete. Dieses

unvollständige Reichsschulgesetz soll durch den vorliegenden Gesetzentwurf nicht ersetzt werden.

Dieses unvollständige Reichsschulgesetz kann nicht mit einem Zuge ersetzt werden. Wollten wir das, dann müßten wir noch lange Zeit warten. Es kann sich nur darum handeln, daß das Reichs- schulgesetz das große Ziel bleibt, zu dem wir etappen- weise vordringen. Das ist ein Ziel, das bereits durch die Verab- reichung des Grundschulgesetzes, das den Unter- richts- verwaltungen der Länder vorliegt, das nun durch die För- derung des Arbeitsunterrichtes, für den die Ver- ordnung im Reichsarchiv gefunden hat, das nun durch die Förderung begabter Kinder, das nun durch das Jugend- wohlfahrtsgesetz, das hoffentlich in absehbarer Zeit ver- abhieben wird, der vorliegende Gesetzentwurf steht lediglich mit der traurigen Tatsache der Zersplitterung des Volkes in Welt- ansehungen und Konfessionen im Zusammenhang. Es handelt sich darum, so viel als möglich dafür zu sorgen, daß die technische Leitung und die Organisation des Schulwesens durch die weltanschauliche Zersplitterung nicht gehemmt wird. Die Zitate aus meinen Büchern über die Schulreform sprechen nicht gegen mich. Zu dem, was ich geschrieben habe, siehe ich heute so gut wie gestern. Die Gegen- wartigkeit, die wir Sozialdemokraten tun, die praktische Mit- arbeit tun wir nur soweit, als unser Ziel, das daselbst geblieben ist, gefördert wird.

Abg. Wolf Hoffmann (Komm.): Der Herr Staatssekretär verweigert also kein Kind. Er ist dem Zentrum nicht nur außer- liche, sondern auch innerlich sehr nahe gekommen. Schulz spricht von den drei Arten der Schule und vergleicht sie mit den drei Ringen, bei denen man nicht weiß, welches der richtige sei. Früher wußte er, welches der richtige ist. Sieht man diese Wandlung, dann muß man dem Staatssekretär zurufen: „Mensch, wie hast du dich verändert! Heutzutage mir graut vor dir!“ Der Sozialdemokrat Hellmann hat gemeint, man müsse mit der Re- ligionsfrage Geduld haben, viele Eltern wollten nun einmal noch den Religionsunterricht. Wir haben gar nichts dagegen, wenn die Götter ihre Kinder religiös unterrichten lassen. Das aber wir wollen keinen Religionsunterricht in der Schule. Das Zentrum kann zufrieden sein. (Zuruf vom Zentrum: „Hein!“) Das glaube ich, Sie sind erst zufrieden, wenn der Papst im Ver-

liner Schloß sitzt. Im Krieg wurde Gengen und Norden als christliches Gebot erklärt. (Zuruf rechts: „Was wollen Sie an die Laterne bringen!) Nein, wir wollen Ihnen das Arbeiten beibringen. Das wird für Sie die schärfste Strafe sein. Damit schließt die erste Lesung. Die Vorlage geht an den Bildungsausschuss.

Zwei Milliarden zur Förderung des Wohnungsbaues.

Vom Reichsarbeitsministerium wird uns geschrieben: Dem Reichstag ist der Entwurf einer Novelle zum Wohnungsabgabe- gesetz vom 27. 6. 1921 zugegangen, das bekanntlich zur Bekämpfung der Baukostensteuern eine Abgabe in Höhe von 10 v. H. der Friedensmietwerte der vor dem 1. 7. 1918 fertig gestellten Ge- bäude aller Art vorsieht. Hier von sind 5 v. H. für die Länder und 5 v. H. für die Gemeinden (Gemeindeverbände) bestimmt. Nach dem Entwurf sollen diese Sätze für Land und Gemeinden auf je 25 v. H. erhöht werden, jedoch der Gesamtertrag 50 v. H. der Friedensmietwerte betragen soll. Die zu erwartende Mehrer- nahme wird auf 2 Milliarden Mark geschätzt. Dieser Betrag ist mindestens erforderlich, um ein selbst beschickendes Bau- programm für 1922 zu ermöglichen. Die notwendigen Baukosten- zuschüsse sollen wie im Vorjahr möglichst durch Anleihen aufge- bracht werden, zu deren Verzinsung und Tilgung die neue Abgabe dienen soll. Was zum Anleihebedeut nicht gebraucht wird, soll un- mittelbar zur Gewährung von Baukostenbeiträgen Verwendung finden.

Für die Arbeiterjugend.

Der Reichsausschuss der Arbeiter-Jugendorganisationen Deutschlands verlangt in einer längeren Eingabe an den Reichs- tag dringende gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutze der Jugend. Aus den Forderungen erwähnen wir: Verbot der Nacharbeit für alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahre, Einführung des 6stündigen Arbeitstages für die erwerbsfähige Jugend bis zum vollendeten 18. Lebensjahre; freier Sonnabendnachmittag, 45 Arbeitsstunden einschließlich der Schulzeit in der Woche, Ge- währung von mindestens 14 Tagen Ferien, für die Jugendlichen bis zum vollendeten 18. Lebensjahre mindestens 3 Wochen im Jahre unter Weitergewährung vereinbarter Vergütungen (Lohn, Gehalt, Kost und Logis), Reform des Lehrjahres, Fest- leger der Höchstzahl von Lehrlingen und Volontären für die einzelnen Berufe, je nach Betriebsart, Überwachung der Aus- bildung und des Kost- und Logiswesens durch Berufs- kommissionen, Lehrverhältnisse sind in Anlehnung an größere Privat-, Staats- und Kommunalbetriebe zu errichten.

Aus dem Landtag.

Bei einer Besprechung der Gewaltmaßregeln und Uebergriffe im Westen und Osten erklingen in den Parlamenten so häufig falkische und gemachte Töne, daß der unvoreingenommene Hörer ansetzt, wenn er end- lich einmal sachlich leidenschaftlos, von objektiver Betrachtung diktiert Ausführungen vernimmt. Das war am Dienstag der Fall, als im Landtag Genosse Haas zu den Anträgen über das Rheinland zu Worte kam. Wie er die Sache angriff, mußte jeder verantwortungsbewußte Deutsche diese Fragen be- handeln, wenn er sich öffentlich darüber vernachlässigt. Er hielt sich getreu den Grundfragen unserer Partei gleich weit ent- fernt von nationalitätlicher Hegelei und Uebertriebungen, die das Ehrenwort „National“ im Grunde garnicht verdient wie von wüßhafter Ueberzeugung eigener Volksgenossen bei dem nicht weniger nationalitätlichen und brutalen Gegner. Was die bürger- lichen Redner noch zu sagen hatten, war demgegenüber beben- unschlössig und der Kommunisten Plenge verteidigte mit der bei seinen Freunden üblichen Rechthaberie die schwarze Arme, während der unabhängige Ullmer zwischen sozial- demokratischer und kommunistischer Parteilichung ungefähr die Mitte hielt. Den Höhepunkt der Sitzung bildete die namentliche Abstimmung über die

Immunität der angeklagten Kommunisten

Schönberg und von Eberlein, die gemäß dem Ausschlußantrage aufgehoben wurde. In der darauf folgenden

Debatte über die aus Polen vertriebenen Kasseier legte Genosse Wende die Stellung der Fraktion zu den einge- brachten Anträgen dar.

Dittwich bewirbt sich um Pension?

Eine kleine Reichstags-Anfrage der unabhängigen Abge- ordneten Lusse ließ sich so: „Zunächst zweifelt die Fraktion den bemühn sich der früheren General v. Dittwich um die Zuerkennung der Reichspension. Als Vermittler fungiert sein Rechtsbeistand Dr. Strachwitz (München). In der letzten Zeit ist die betreffende Affäre Nr. 241171, Buchnummer 2433, 11. 21 aus dem Amte ver- schwunden; was vermutet wird, um die Angelegenheit in ge- heimem zu erledigen. Ist der Reichsregierung die Angelegenheit bekannt? Was gedenkt sie zu tun, um die Zuerkennung einer Pension an den Hochverräter v. Dittwich zu verhindern?“

Spuren im Schnee.

Von Sven Eibekad.

Autorisierte Uebersetzung. (Nachdruck verboten.)

Professor Persson verließ den Dienst. Der Fremde verlangte Pulver, deren Zubereitung mehr als fünf Minuten in Anspruch nahm, während dieser ganzen Zeit schmeißten seine Blide fortwährend überfall in der Apotheke umher. Er sah alles und jedes ins Auge. Die verschiedenfarbigen Glasflaschen auf den Gestellen schienen keine Aufmerksamkeit ebenso zu weiden, wie die abge- trennten Bretter des Fußbodens, der Rezeptstisch, die hand- gepulverten Schalen der verschiedenen Fenker und die geschlossene Türe zum Nebenraum. Aber es war nicht die gewöhnliche Ren- gier, all diesen Dingen gegenüber, die er verriet: es lag eher etwas Suchendes in seinen Bliden, als ob er etwas Bestimmtes zu finden erwartete. Er wollte offenbar ein deutliches Bild vom Innern der Apotheke seinem Gedächtnis einprägen, eine genaue Wiederpiegelung, wie jedes einzelne Ding auslag und wo es in Beziehung zu den anderen Gegenständen seinen Platz hatte. Endlich, nachdem er sein Pulver erhalten und bezahlt hatte, erlaubte er sich noch einen letzten Ueberblick über das Ganze, der gleichsam alles in dem Brennpunkt seiner Erinnerungen zusammenfaßte; dann ging er.

Aber draußen auf den Straßen blieb er noch einmal stehen und betrachtete neugierig einen kleinen schwarzen Knopf am Tür- pfosten rechts.

„Ist dies die Rauchglocke?“ fragte er.

„Ja,“ antwortete der Junge. „Das ist die Rauchglocke.“

„Aber die kann doch bei Nacht niemand sehen!“ riefte der Fremde.

„Nein, aber man kann sie mit den Fingern tasten.“

„Für Beweise, die hier nicht bekannt sind, kann es also keine Schwierigkeiten haben, die Rauchglocke zu tasten.“

„Ja,“ sagte der Junge. „Wenn nicht gerade Mondheiter ist. Da kann man sie.“

Der Fremde nickte.

„Sehr richtig,“ sagte er dann.

Darauf gingen sie weiter. Als sie in der Nähe der Wohnung des Kapitäns angekommen waren, deutete der Fremde auf den Knopf, der sich über den Fuß hingab und sagte:

„Was ist also die Eisenkugel?“

Endlich konnte der Junge mit dem Finger auf des Kapitäns Wohnung deuten.

„Hier ist es,“ sagte er.

Die alte Maria machte dem Fremden die Tür auf, aber sie sagte, sie wolle erst anfragen, ob der Herr Kapitän empfangen.

„Er denn krank?“ fragte der Gast.

„Nein,“ erwiderte Maria. „Aber er sieht nicht gern unde- kannten Besuch bei sich.“

„Bitte geben Sie ihm meine Karte,“ sagte der Fremde und fing an, in seiner Brieftasche zu suchen. Als er endlich die Karte gefunden hatte, lächelte er auf sonderbare Weise.

„Bitte, hier!“ sagte er.

Maria nahm die Karte, und als sie sie angesehen hatte, tief sie erkannt:

„Das heißt ja gar kein Name drauf!“

„Gewiß!“ sagte der Fremde und zeigte mit dem Finger auf die Karte. „Hier!“

Maria sah nun näher zu und fand einen einzigen Buchstaben auf der Karte, ein I.

„I!“ murmelte sie. „Das ist ein sonderbarer Name. Sind Sie das?“

Der Fremde nickte und deutete auf seine Brust.

„Das bin ich,“ sagte er.

Maria konnte den Herrn erst etwas anglich an, ehe sie die Karte ihrem Herrn hinreichte. Er kam ihr merkwürdig vor, und er hatte eine Art zu bliden, die ihr unheimlich war. Wenn er hinter den schwarzgetragenen Zwirnschleier die Augen zusammen- schloß, war sein Blick schwarz wie eine Kugel.

„Doch, der Herr Kapitän empfangen.“ Führten Sie den Herrn sofort herein,“ hatte er gesagt. Und er war ganz in Aufregung geraten, als er die Karte erhielt.

Der Kapitän stand am Kammer, als der Fremde eintrat — im dunkelsten Teil der Stube. Er wartete, bis sein Gast so weit ins Zimmer hereingekommen war, daß das Licht der Fenker ihm wohl ans Gesicht fiel; dann erst trat er ihm entgegen.

„Weshalb verstellen Sie sich denn?“ fragte der Fremde.

„Ich verstehe mich nicht,“ erwiderte der Kapitän. „Aber ich habe Ihre Art nicht vergessen, und ich mag nicht im hellen Licht Ihren durchdringenden Blick ausgehalten sein.“

Der Fremde nickte gleichgültig mit den Achseln und nahm dann gefaßt im nächsten Zimmer Platz.

„Was ist Ihnen recht hat ich gekommen bin?“ fragte er.

„Nein,“ erwiderte der Kapitän.

„Ich habe ja schon einmal das nicht ganz eindeutige Vergnügen gehabt, mit Ihnen zusammenzutreffen.“

Der Fremde machte eine abwehrende Handbewegung.

„Das ist eine langst vergebene und abgetane Geschichte,“ sagte er. „Seither habe ich allerlei Fälle zu behandeln gehabt. Wie sind Sie nun hinter meine Adresse gekommen?“

Sie erinnern sich vielleicht, daß Sie einmal Ihren richtigen Namen genannt haben.“

„Gef!“ warnte der Fremde und sah sich um. „Den Namen wissen nur wenige.“

„Und die ihn kennen, ahnen nichts von der Doppelnatur, die er verbirgt,“ erwiderte der Kapitän. „Von dem einem Menschen mit zwei Dasein.“

Der Fremde lächelte.

„Recht ist mit noch mehr als zwei,“ sagte er. „Aber in diesem Fall bin ich nur einer davon. Und diese eine Person will ich mit dem Buchstaben kennzeichnen, der auf meiner Karte steht.“

„Ich bin die unbekannte Größe. Ich bin I.“

„Dettlich I. Darf ich Sie so nennen?“ fragte der Kapitän. I. nickte.

Bierzehntes Kapitel.

„Sie haben mit in Ihrem Briefe geschrieben, Sie fürchteten, Unschuldige könnten leiden müssen, und riefen darum meinen Bei- stand an,“ sagte Dettlich I. „Mit den Unschuldigen meinen Sie die beiden Polanden, nicht wahr?“

„Ja.“

„Dann müssen Sie gewichtige Gründe haben, an deren Un- schuld zu glauben, nachdem der eine bereits gefanden hat.“

„Die habe ich auch.“

„Warum haben Sie diese gewichtigen Gründe nicht der richtigen Behörde, der Polizei vorgelegt?“

„Ich habe diese Frage erwartet, und es ist vielleicht schwierig eine zufriedenstellende Erklärung dafür zu geben,“ erwiderte der Kapitän. „Aber Sie werden es möglicherweise leichter verstehen, wenn Sie meine Gründe hören. Ich habe versucht, den jungen Arzt, der zum Schwerverständigen ernannt wurde, zu meinem Ver- trauen zu machen, aber ich habe das wieder aufgegeben. Mein Aufschauern fand nicht alltäglich, und als ich einen eigentlichen Zusammenhang, nicht mitzuerklärenden Bild in seinen Augen wahrnahm, hielt ich inne.“

„Er war mir vermittelst, Sie seien verrückt,“ sagte I.

„Ja,“ erwiderte der Kapitän leise. „Und ich bin selbst nahe daran glauben zu glauben, ich würde an der Grenze meine Berührung und hätte nichts mehr als die ungründliche Finsternis vor mir.“

Für Groß-Hamburg.

Die amtliche Zentralkommission für Gliederung des Reiches hat zu der Frage Groß-Hamburg einstimmig ein Gutachten abgegeben, das zunächst hervorhebt, daß die Zerschneidung des zwischen der Süder- und der Norder-Elbe gelegenen Seehafengebietes durch die Landesgrenzen und Gemeindegrenzen der Stadt Hamburg mit einer großen Anzahl preussischer Gemeinden erhebliche Schwierigkeiten für die volle wirtschaftliche Ausnutzung und die bauliche Erschließung und Verwaltung des Gesamtgebietes ergeben, und eine Verringerung der bestehenden Verhältnisse im allgemeinen deutschen Interesse liegt. Diese Verringerung werde nicht durch Einverleibung Hamburgs in Preußen erfolgen können. Da die Erweiterung des Hamburger Hafens nur nach Süden möglich sei, sei die Einverleibung der preussischen, auf den Elb-Inseln liegenden Gemeinden Wilhelmsburg, Neuhof, Altonaer und Rinkenwerder nach Hamburg erwünscht. Eine enge Verwaltungsgemeinschaft der preussischen und hamburgischen Gemeinden westlich bis etwa Wedel, nördlich bis zu den Hamburger Entlasten (den sogenannten Waldhöfen) und östlich bis etwa Reinbek sei notwendig. Bei Einverleibung von Gebietsteilen der Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein nach Hamburg müßten die finanziellen Interessen der beiden Provinzen und der beteiligten Kreise gewahrt werden.

Das Gutachten schließt: Nach Lage der derzeitigen besonderen Verhältnisse ist eine Abänderung der preussisch-hamburgischen Grenzen gegen den Willen der beiden Länder und der Bevölkerung der beteiligten Provinzen unerwünscht und kaum durchführbar. Die Zentralkommission stimmt dem Antrage am Schluß des Kommissionsberichts vom 30. April 1921 dahin zu, daß die Anerkennung der allgemeinen deutschen Interessen an einer wirtschaftlichen und insbesondere industriellen Verwaltung dieses für das ganze Reich wichtigen Hafens- und Städtegebietes gerade in heutiger Zeit die Verhandlungen zwischen den Beteiligten erleichtern muß. Um die vorhandenen Gefahren einer weiteren unorganischen Ausgestaltung dieses Gebietes zu beseitigen, empfiehlt die Zentralkommission, sobald als möglich in solche Verhandlungen einzutreten.

D: Verwahrlosung der deutschnationalen Presse.

Die in dem berühmten deutschnationalen Lehmann-Berlag zu München erscheinende Monatschrift „Deutschlands Erneuerung“, leistet sich in ihrem Januar-Heft einen Ausflug eines Dr. C. Jung (unseres Wissens neuernannter ordentliches Unipräsident der Rechte zu Marburg) über „Führerauslese“, der wohl zu dem gemeinsten und verächtlichsten gehört, was jemals über sozialdemokratische Führer zusammengelammert worden ist. Dieser Jung gewinnt es über sich, einem Manne wie Ebert, der großes Vertrauen bei allen anständigen Politikern, gerade nachzulagen, er sei nur deshalb in die politische Laufbahn gegangen, weil seine Tätigkeit als Gastwirt ihn zum übermäßigen Biergenuss verleitet habe:

„So kam Ebert in die Laufbahn des Gemeinheitssekretärs, und damit schließlich in die Stellung des Reichspräsidenten, weil er in die Gefahr des Saftes geraten war, und seine brave Frau ihn noch rechtzeitig aus dieser Lage herauszujücken verstand.“

Von welcher Verwahrlosung muß der Bürger sein, der so etwas niederschreibt, von welcher Unwissenheit zeugt aber auch das Verhalten des Berlages und der Redaktion, die solchen politischen ihrer Leserschaft vorlegt, und wie schließendlich müssen die Besitzer einer solchen Zeitschrift beschaffen sein, wenn sie für solche Gemeinheiten den Berleger mit Geld bezahen.

Schredemann, der als ein eifriger Ignorant, als ein Hoch- und Landesverräter dargestellt wird, kommt womöglich noch schlimmer davon. Von ihm heißt es rund und nett: „Man würde also nach allen geltenden Moralgrundsätzen sagen müssen, er ist ein ausgewaschener Schurke.“

Wenn man den Deutschnationalen einen Kerl, wie diesen Jung, und einen Schandverleger, wie diesen Lehmann, vorhält, so pflegen sie regelmäßig diese verblumten Gesinnungsgenossen zu verleugnen. Da die deutschnationalen Presse aber gegen diese Banditen der öffentlichen Meinung nie ein Wort schreibt, macht sie sich zur Mitschuldigen.

Im Beamtenauschuh des Reichstages

wurde am Montag die Beratung über den § 6 des Beamtenrätegesetzes zu Ende geführt. Der Antrag der Sozialdemokraten und Demokraten, das Wahlberechtigungsalter von 20 auf 18 Jahre herabzusetzen, wurde angenommen. Während einer Entscheidung vom Amt ruht das Wahlrecht, dagegen nicht während einer Beurteilung. Der Aufbau des Ortsbeamtenrats nach § 8 der Regierungsverordnung ist unangetastet geblieben. Von 20 bis 99 Beamten besteht der Beamtenrat, von 50-99 5 Mitglieder, zu denen für je weitere hundert Beamte ein neues Mitglied bis zur Höchstzahl von 9 Mitgliedern tritt. Ein Antrag, der bereits bei 15 Beamten einen Beamtenrat errichten wollte, wurde gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien und der Demokraten von den Rechtsparteien und dem Zentrum abgelehnt. Ebenso der Antrag, die Mitgliederzahl des Ortsbeamtenrats auf 12 festzusetzen.

Was wird aus dem Stadttheater?

Zu dem Artikel aus Theaterkreisen in der Montagnummer wird uns von einem Mitgliede der Theaterdeputation geschrieben: Wenn die „Wolfsbacher“ es zuletzt abgelehnt hat, zu dem Konflikt zwischen den Dezenten und den Angestellten weiter Stellung zu nehmen, da ihr die Frage der Erhaltung des Stadttheaters wichtiger erschien, dann hätten die Kreise der Theatermitarbeiter gut getan, diesen Standpunkt zu respektieren, zumal ja auch die andere Seite nicht weiter zur „Kluft an die Dezentalführer“ gerufen hat. Tatsächlich ist nun einmal die Breslauer Theaterfrage eine Weltfrage, und es ist falsch, wenn die Angestellten all ihren Zorn gegen den gegenwärtigen Dezenten richten, der sich zwischen den an sich berechtigten Forderungen der Angestellten und dem Millionenverdienst des Theaters wie zwischen zwei Mühlsteinen befindet. So läßt sich auch auf den Artikel aus Theaterkreisen das Sprichwort anwenden:

Wer durch des Argwohns Brille schaut, sieht Krampen selbst im Sauekraut.

Da wird der Dezent, dem nun vornherein die schwierige Aufgabe zuteil, das schon schwer gefährdete Theater zu erhalten, dem Verbot ausgelegt, daß er „von Anfang an seine Hauptaufgabe darin erblickte, die Personalunion des städtischen mit den Vereinigten Theatern unter Führung Direktor Barnays zu erreichen.“ In Wirklichkeit beweisen die Reihen, die Stadtrat Leh in der Stadtorordneten-Versammlung gehalten, wie auch sein Verhalten in der Theaterdeputation, daß er bis in die jüngste Zeit hinein befreit war, das Theater in städtischer Regie zu erhalten. Wenn mit dem Beschluß der Stadtorordneten, einer Verpachtung des Theaters näher zu treten, auch der Name Barnay aufgetaucht, liegt das doch nahe, nachdem die Breslauer Theater früher einmal in einer Hand gewesen sind. Soweit Stadtrat Leh an Barnay dachte, hat er nichts anderes getan, als mancher sozialdemokratische Stadtorordnete, und mancher sozialdemokratische Landtags- oder Reichstagsabgeordnete, der sich in Berlin für die Erhaltung der heimatischen Oper interessierte. Es wird doch noch gestaltet sein, an irgend etwas zu denken, auch auf die Gefahr hin, daß nicht jeder Gedanke bei näherem Zusehen als absurd erscheint. Stadtrat Leh hat die ganze Frage in Ueber-einstimmung mit der Theaterdeputation weiter gefördert, und dem liegen bereits eine Anzahl Bewerbungen vor, die zum Teil recht beachtlich sind, doch ist die Kritik für die Bewerbungen

Das Ende der kommunistischen Reichstagsfraktion.

Nachdem aus der kommunistischen Reichstagsfraktion noch die Abgeordneten Geiger jr., Eichhorn, Malchow, Brach, Prieß, Meitner und Hertels ausgeschieden sind, ist die kommunistische Arbeitsgemeinschaft, zu der die Ausgetretenen übergegangen sind, auf 15 Mitglieder und so zu Fraktionsstärke angewachsen. Die übrigen Mitglieder der KPD, dagegen haben jedes ihnen in Fraktionen zustehende Recht verloren.

Die Vereinigung der Städte Nürnberg und Fürth gescheitert.

Durch Volksabstimmung wurde am Sonntag ein seit Wochen in Fürth mit großer Leidenschaft geführter Kampf für oder gegen die Vereinigung der Stadt Fürth mit Nürnberg mit einem überraschenden Ergebnis zugunsten der Gegner entschieden. Bei ungefähr 80 Prozent der Wahlbeteiligung stimmten zwei Drittel der Wähler gegen und nur ein Drittel für eine Vereinigung der Stadt Fürth mit Nürnberg.

Der Verkehr durch den polnischen Korridor.

Bisher wurden vielfach auf der Eisenbahn beförderte Güter während der Beförderung durch den polnischen Korridor beschlagnahmt. Seitens des polnischen Kriegsministeriums und des polnischen Transitkomitees ist jedoch kürzlich, laut WZB, ein strenges Verbot gegen die Beschlagnahme an die örtlichen Stellen ergangen. Wenn eine polnische Stelle den Durchtransport bestimmter Güter für unzulässig hält, diesen diese nicht mehr beschlagnahmt, sondern müssen zurückgewiesen werden. Ueber die Zulässigkeit einer solchen Zurückweisung sind Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland in Aussicht genommen. Allgemein kann jedoch bereits damit gerechnet werden, daß der Verkehr nach Ostpreußen zukünftig ohne weitere Beschlagnahmen abgewickelt wird. Wegen Ausgleichung von Schäden für die zurückliegende Zeit sind noch Verhandlungen im Gange. Schadensansprüche, die sich auf Beschlagnahmen im Korridor in der Zeit ab 1. Oktober 1919 beziehen, können bei Regierungsrat Pischel, Eisenbahndirektion Ost, Berlin-Charlottenburg, Postamt 10, Garden, bei dem deutschen Kommissar für diese Fragen bestimmt wurde, angebracht werden.

Ein Vertreter der Angora-Regierung in Berlin.

Die türkische Angora-Regierung hat das Mitglied der Nationalversammlung Dschowab Ubas bei zu ihrem Vertreter in Berlin ernannt.

Zu den türkisch-deutschen Beziehungen, wie sie augenblicklich bestehen, wird von Regierungsseite folgendes mitgeteilt:

Die Grundlagen der augenblicklichen Verhältnisse des Deutschen Reiches zur Türkei bildet immer noch der 1918 auf der Insel Lemnos abgeschlossene Waffenstillstandsvertrag, der bestimmt, daß die türkischen Beziehungen mit den Mittelmächten abzubrechen sind. Dementsprechend bestehen heute keine offiziellen Beziehungen weder mit der Konstantinopeler offiziellen Zentralregierung, noch mit der national-türkischen Regierung von Angora. Die deutschen Interessen in der Türkei werden gegenwärtig wahrgenommen von der schwebischen Gesandtschaft in Konstantinopel, der zu diesem Zweck ein deutscher Gesandtschaftsrat zugeteilt worden ist, der jedoch in keinerlei direkten Verkehr mit dem Auswärtigen Amt tritt.

Eine rein christlich-soziale Regierung in Oesterreich?

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Im Nationalratsauschuß der österreichischen Kammer wurde der Bericht von Lana, der selbst zwischen den Regierungsparteien zu großen Meinungsverschiedenheiten führte, beraten. Die Großdeutschen, die ihren Vertreter in der Regierung schon vor mehreren Tagen zurückgezogen haben, übten auch in der gestrigen Sitzung äußerst scharfe Opposition, die dazu beigetragen hat, den Bundeskanzler zu bestimmen, bald endgültig seinen Rücktritt vorzunehmen. Die Großdeutschen nehmen gerade die Perion Schobers zum Inhalt der Opposition. Es ist anzunehmen, daß die Christlich-Sozialen schon in den nächsten Tagen ein reines Parteikabinett bilden werden.

Aus aller Welt.

Das Sofa Napoleons, aus Jena wird berichtet: Am 9. Januar abends erschienen in dem Orre Colpeda vier Herren im Automobil, die sich als französische Offiziere auswiesen und anschließend von einem Besuch des Jenaer Schlachtfeldes von 1806 kamen. Die vier Herren kehrten im Gasthaus „Der grüne Baum zur Nachtigall“ ein und verlangten dort die Herausgabe des Sofas, auf dem Napoleon vor der Schlacht bei Jena-Rast gesessen hatte. Anschließend waren die Besitzer zu verblüfft, daß sie sich dem Verlangen nicht widerlegten und das Sofa ausliefereten. Die Colpeda verzeichnen nun resigniert die Tatsache, daß sie um einen historischen Gegenstand ärmer geworden sind.

Theaterjorgen überfall. Der Vorschlag des Mannheimer National-Theaters für 1922/23 schließt mit einem Zuschußbedürfnis von sieben Millionen Mark ab.

noch garnicht abgelaufen. Es können in letzter Minute noch Bemerkungen auftauchen, an die heut noch niemand denkt. Herr Barnay geniesst als Bemerkbar gar keine vorzugsweise Behandlung; maßgeblich sind vielmehr lediglich sachliche Gesichtspunkte, wobei schon heute sehr viel dafür spricht, daß sich ein ausgereicher Opernfachmann finden läßt, während Herr Barnay bisher auf dem Gebiete des Schauspiels seine Leistungen hat. Selbstredend kann sich ein Schauspielfachmann auch auf dem Gebiete der Oper behaupten, ob er es tut, ist Erfahrungssache; aber wenn sich ein bewährter Opernfachmann findet, muß er natürlich in erster Linie in Betracht gezogen werden.

Wenig angebracht ist schließlich die Wendung von einem Stadtrat, „der vom Theater nichts versteht“. Sie ist um so weniger angebracht, als sich der Ungelehrteste dagegen garnicht verteidigen kann. Oder soll Herr Leh mit der Gegenbehauptung kommen, daß er „vom Theater etwas versteht“? Er kann natürlich den Lehengrün so wenig sinnen, wie den Kalkoff oder den Harenswächter aus der „Entführung“, aber das hängt nun einmal mit der städtischen Regie zusammen. Es wäre doch ein Fall von fast unvorstellbarer Seltenheit, wenn eine Stadt zufällig unter den Stadträten einen Opernfachmann hätte. Dagegen ist es immerhin möglich, daß ein gewandter Laie, im vorliegenden Falle ein Kaufmann, ein Theater wirtschaftlich und etatsmäßig ebenso leiten kann, wie irgend einen anderen städtischen Betrieb. Und umgekehrt darf als Tatsache angenommen werden, daß ein Mann von hoher künstlerischer Qualität schwer in Verlegenheit kommen könnte, wenn er das Theater wirtschaftlich regieren sollte. Mit dem gleichen Recht, wie einem Stadtrat gegenüber, könnte man dann bald auch den Stadtorordneten damit kommen, daß sie allesamt vom Theater nichts verstehen, und deshalb nichts mitzureden hätten. In Wirklichkeit stehen die Theaterangelegenheiten aber aus guten Gründen der städtischen Regie der privaten vor, und das Schicksal der „Kommunisten“ im Reich ist vielmehr durchaus nicht gerade dafür, daß die Angestellten mit dieser Bevorzugung Unrecht hätten. Wer aber die städtische Regie will, muß auch einige unvermeidliche Nachteile mit in Kauf nehmen, und darf den verantwortlichen Mann nicht als Kanarienvogel behandeln.

Zwischen laufen die Dinge in Breslau so, daß uns die Oper als gemischtwirtschaftlicher Betrieb erhalten bleiben dürfte. Doch allen Seiten sollte man deshalb lieber einen Hias zurufen, den alten Streit ruhen lassen, denn zum Wiederaufbau sind alle Kräfte nötig.

Der Stadtrat beschäftigte sich ernsthaft mit Frage, ob das National-Theater überhaupt oder in der bisherigen Weise weitergeführt werden soll, will aber mit der Entscheidung warten, bis sich die Lage des Gemeindefinanzhaushalts übersehen läßt.

Mit dem Fallhirm verunglückt. Bei einem Fallhirmverunglück im Osterlund mit einem Heinde-Fallhirm verunglückte die einzige Fliegerin Schwedens, Fräulein Eisa Anderson. Der Schirm entfaltete sich nicht, Fräulein Anderson stürzte aus einer Höhe von 400 Meter herab und war sofort tot.

Arthur Niksch †. In Leipzig ist Prof. Arthur Niksch in der Nacht zum Dienstag an Grippe und Lungenentzündung gestorben. Mit ihm ist eine der populärsten Persönlichkeiten des internationalen Musiklebens dahingegangen.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Die Siedlung Ostaschin.

Am 18. d. Mts. wurden in der Siedlung Ostaschin durch die Bauhilfte Breslau, Soziale Baugesellschaft m. b. H., die ersten Dachstuhl aufgerichtet. Die Siedlung geht damit ihrer Vollendung entgegen.

Daß trotz der außerordentlichen Schwierigkeiten, Baustoffmangel und ungewöhnliche Witterungshindernisse diese Bauten bis jetzt noch so gefördert werden konnten, ist eine respektable Leistung, und konnte nur vollbracht werden, wenn alle Beteiligten ihr Meißelwerk aufwandten.

Die Beschleunigung der Bauten ist besonders insofern zu begrüßen, als die zu erwartende Lohnhöhung, wenn sie in zu starkem Maße auch für dieses Bauvorhaben in Betracht käme, wegen der doch recht dürftigen Geldverhältnisse der Gemeinde und der in Frage kommenden Arbeiterlöhne in ihrer Fertigkeitstellung sehr in Frage gestellt sein wird.

Es ist zu wünschen, daß die zukünftigen Witterungsverhältnisse ein flottes Vorwärtkommen der Bauten möglich machen.

Carlswitz, Mitgliederversammlung. In unsere fällige Monatsversammlung fand am 14. Januar statt. Genosse Anwand unterrichtete die Anwesenden über verschiedene Anträge an die Gemeindeverwaltung. Unter anderem wurden die Lohnverhältnisse der Gemeindearbeiter besprochen. Hierauf erstattete Genosse Malherod Bericht über die Vorarbeiten zur Gründung eines Konsumvereins „Vorwärts“ und über die bis jetzt gemachten Aufnahmen. Die Beitragsberechnung wurde einstimmig genehmigt. Nach Beantwortung verschiedener Fragen durch den Vorsitzenden fand die Versammlung 10½ Uhr ihr Ende.

Aus der Provinz Schlesien.

Vom schlesischen Arbeitsmarkt.

Die Zahl der Erwerbslosen steigt.

Das Schlesische Landesarbeitsamt sendet uns für die Zeit vom 12.-18. Januar folgenden Wochenbericht:

Wesentliche Veränderungen brachte die Berichtswache nicht, abgesehen davon, daß infolge der ungünstigen Witterung die Zahl der Erwerbslosen weiter stieg; namentlich war das Baugewerbe an der Vermehrung der Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger beteiligt.

In der Landwirtschaft hat die Nachfrage nach Arbeitskräften sich wesentlich erhöht (fast um das Doppelte der Vorwoche), während die Zahl der Arbeitsuchenden etwa dieselbe wie in der Vorwoche blieb. Stark gesucht waren lehne Arbeitsträfte, während Arbeiterfamilien nur schwer unterzubringen waren. Infolge des Frostes ist ein starkes Sinken des Wasserstandes der Oder zu beobachten gewesen, so daß der Schiffsverkehr wieder ruht.

Im Bergbau war die Arbeitsmarktlage ruhig. In der Industrie der Steine und Erden stecken derzeit die Fiegeleien fast gänzlich still. Die Glasbläsen in der Oberlausitz sind derzeit gut beschäftigt. Die Metallindustrie ist weiter gut beschäftigt. Der Nachfrage nach geübten Fachkräften konnte zum Teil nicht genügt werden.

Die chemische Industrie stellt, wenn auch nur in geringem Umfange, Arbeitskräfte ein. Ueber die Papierindustrie ist derzeit wesentliches nicht zu berichten.

Der Geschäftsgang der Lederindustrie war rückfälliger. Entlassungen im größeren Umfange konnten jedoch nicht beobachtet werden.

In der Textilindustrie hat der Streik bezw. die Absperrung im Reichenbacher Bezirke noch weiter an, doch scheinen die zuletzt durch den Regierungspräsidenten Breslau eingeleiteten Verhandlungen Aussicht auf Erfolg zu haben. Im Streikbezirke konnten eine Anzahl Frauen in Webereien neu eingestellt werden. Der sonstige Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie ist noch als mäßig anzupreisen.

Im Holzgewerbe werden immer noch Fachkräfte dringend benötigt.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe ist in der Tabakindustrie der Beschäftigungsgrad schlecht. Zum Teil läßt auch in den Nahrungsmittel- sowie Schokoladenfabriken der Beschäftigungsgrad nach. Neueinstellungen konnten nur in geringem Umfange im Bezirk Lüben beobachtet werden, wo eine Anzahl namentlich weibliche Arbeitskräfte der dortigen Schokoladenfabrik vermittelt werden konnten. In Leobschütz wurde von der Firma E. Bayer, Nahrungsmittel- und Malzfabriken, eine Anzahl Arbeitskräfte entlassen.

Im Bekleidungs-gewerbe ist die Lage derzeit noch unangetastet, gesucht sind Näherinnen und zum Teil geübte Fachkräfte für die Konfektionsindustrie. In den Schuhfabriken ist die Lage unangünstiger, bedingt durch die hohen Lederpreise und die ungünstigen Zukunftsaussichten.

Im Baugewerbe fanden größere Entlassungen statt, nachdem infolge der milden Witterung in der Vorwoche eine Anzahl Arbeitskräfte wieder eingestellt waren.

Im Handewergewerbe wurden nach wie vor Stenotypistinnen gesucht. Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt macht sich wie bisher ein harter Mangel an Haus- und Wirtschaftspersonal fühlbar.

Ungelehrte weibliche Arbeitskräfte konnten nur schwer vermittelt werden, was auch der Fall bei den ungelehrten männlichen Arbeitskräften war.

Unsere Valuta.

Es wurden an der Berliner Börse gezahlt:

	24. 1.	23. 1.
100 amerikanische Dollar	209,79 M.	204,04 M.
1 englische Pfund	891,00	861,80
1 französisches Franc	17,00	16,25
1 holländisches Gulden	77,00	74,27
1 Schweizer Franken	41,16	39,68
100 österreichische Kronen	5,48	5,72
1 spanische Pone	4,23	3,78
1 dänische Krone	42,23	40,91

Aufgesprungene Hände

Größe und rote Haut, Mundleiden und unruhigen Schlaf heilt man durch **LEOKREM**. Dieses bewährte Mittel erhalten Sie überall, wo Sie Laboratoire-Jakobska kaufen. 5081.

Morgen beginnt der große

Inventur-Ausverkauf

ausschließlich moderner, guter Waren zu außergewöhnlich billigen Preisen!
Reguläre Waren 10 bis 50% unter Tagespreis! Restbestände und Gelegenheitsposten besonders billig!

Seidenband einzig dastehende unerreichte Spezialität! Haarbänder, Garnierbänder, Wäschebänder, Lautenbänder, Krawattenbänder, farbenprächtige Fantasie- u. Brokatbänder

Weißwaren, Blusen- und Jackenkragen in neuesten kleidsamen Formen, Jabots, Untertaillen, Schleier, Handschuhe, Strümpfe, Straußfeder-Halsrüschen, Kopfschals, Taschentücher etc.

Seidenstoffe, Spitzen, Stickereien, Volants.

Viele 1000 Haarschleifen! Seidenband-Reste! Spitzen-Reste! Enorm billig!

Während der Ausverkaufstage von 1-3 Uhr geschlossen!

Weissenberg & Brauer

Stadt-Theater.
Mittwoch 7 Uhr:
Erstes Gattspiel des
Ritterjägers Adolf Lötgen
A. D. a.
Donnerstag 7 Uhr:
Der Schatzgräber.
Freitag 7 Uhr:
Zweites Gattspiel des Ritter-
jägers Adolf Lötgen
Sausüßler.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. Tel. Ring 2548.
Heute u. Mgl. 7 1/2 Uhr:
Die Straßenfängerin.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Der letzte Walzer.
Dienstag 7 1/2 Uhr:
Wenn Liebe erwacht.

PALAST Theater
Beginn 4, 6, 8 Uhr!
Nur noch 2 Tage!
Eddie der amer. Harry
Polo kamische Piel
Das un-
kühne Duell
6
Akte
Häcke und Lasse.

**ZEPHER-
KINO**
Nur bis Donnerstag:
Das Ende des
Circuskönigs
Eddie Polo, der amer.
kamische Harry Piel.
Der Preisboxer
von Californien
6 Akte. 11258
Außerdem:
Lustspiel in 3 Akten
Paul Heidemann
als Komödiant
O diese Welber
Ab Freitag:
Der geheimnisvolle Dolch
Neuerste Episoden aus
Amerika eingeführt.

**Frauen
Störungen**
verursachen setzen bei unregelmäßigen
und unregelmäßigen
weiter abnormen Präparat
Preis 2,- und 3,- Mk.
Alle feinsten Spezialitäten
Bismarck 1005
Gemeinschaft über Tel.
Erdberggasse, Bismarck,
Tel. 218 Bismarckgasse.
Schubing gegen 7-11
Jan A. G. G. G.
Kaufhaus, Bismarckgasse 11,
6te Etage, Bismarckgasse 11.

Bereinigte Theater in Breslau.
Direction: Paul Herrns.
Lobe-Theater. Maria Thalia-Theater.
Mittwoch, 25. Jan. 7 1/2 Uhr: „Der Seiderrhügel“
Donnerstag, 26. Jan. 7 1/2 Uhr: „Bühnen Welt“
Mittwoch, 25. Jan. 7 1/2 Uhr: „Einat von untre Frau“
Donnerstag, 26. Jan. 7 1/2 Uhr: „Gottspiel Ester Wöl“
„Im weichen Kost“

CIRCUS BUSCH
Täglich 7 1/2, Sonntags auch 3 Uhr. 1200
**Fragen Sie bitte
Ihren Nachbarn:**
Wenn Sie dieses Mal schon im Circus Busch?
Sie müssen den Januar-Spielplan gesehen haben.
Vorverkauf: Barasch und Circuskasse.

Carl Bräuer's Festfale
„Zur frohen Stunde“ Gabystr. 22
Heute Mittwoch: 10102
Tanzkränzchen
Anfang 5 Uhr. Carl Bräuer.

Theodor Stolle's Gesellschaftshaus
Breslau 24, Gräbschener Straße 252/258.
Heute Mittwoch: 11253
Vornehmer Tanz.
Ab 7 Uhr: Eisbeissen.
Straßenbahn 10 fährt bis vor die Tür.

Total-Ausverkauf
der
Tuch-Großhandlung
Julius Davidsohn & Co.
Herrn-Anzug-Stoffe
gut haltbar von 65-100 Mk.
Herrn-Anzug-Stoffe
modern, elegante, vorzögl. Qualität
von 100-175 Mk.
Stoff-Reste 11276
große Posten, weit unter Preis
Hugo Ochmann
Neuschkestr. 51, Neupölschel, 1. Etg., Parterre 2.

**Schlafzimmer
Herren- u. Speisezimmer**
sowie Küchen sind
preiswert in der „Breslauer-Volls-Möbel-
Zentrale“ zu haben.
Volls-Möbel-Zentrale
Breslau, Matthiasstraße 22.

Konzerthaus ZOO
Telephon Ring 1092
Telephon Ohle 6805
**Heute
Konzeri**
Mittwoch- und Teichers.
Kleiner Saal:
In der Schieslerbaude, ab 7 Uhr:
Münchner Bockbierfest!!
Dir. Förstl Muckl aus München.
Schuhplattler!

WAGNER DK
In beiden Theatern ab 5 Uhr!
Nur noch 2 Tage! Erstaufrührung!
Seben aus Amerika eingeführt!
Die neuesten Sensationen!
und Fortsetzung
Der geheimnisvolle Dolch, 8 Akte
Eine Kabinen-
Mörderin, Rätsel d. Unterwelt
Harry Piel | Blendwerk der Wüste
Außerdem:
Maciste und die Luftleiter 6 Akte
Schauburg: - Varietéschaus - DK-Theater:
Bankier Schiller | Willi Niemeler
der Ru-Riss-Meister. | die Kaczmarektype.
- Napp-Nehé -

**Eine Verkaufsstelle
für
Vobach-Schnitte
u. Muster**
befindet sich bei
Karl Wiesner, Breslau
Gräbschener Straße 752
„Kaufhaus Merker“ Kurt Goerke
Breslau, Matthiasstraße 51
„Kaufhaus Süd-Ost“ Adolf Herzfeld
Breslau, Bohrauer Straße 47

Schallplatten
abgegriffen, auch zerbrochen, sowie in großen Mengen
Tasche gegen 4 Stück alte 1 neu.
Wohlfeilste Auswahl
Bismarckgasse 11. Bismarckgasse 11.
Sozialdemokratie u. Kirchentum
Preis 48 Pfg. - ersucht 10 Pfg. Porto
Bestellungen werden nur bei Gratiolen bittet
Blattes, sowie von künftigen Kopierern
entgegengenommen.

Oberbayern
Gartenstraße 65
früher 11297
Palmengarten.
Voranzüge!
Freitag, den 27. Januar:
**Feier des
20
jährigen Bestehens**
des Etablissements
Gr. Festkonzert
der verstärkten
Bauern-Kapelle
Anfang 7 Uhr.

Möbel
Wohnzimmer
Schlafzimmer
Küchen
auch Einzelmöbel
p. Kasse evtl. Teilzahlung
Karsunky & Co.
Krausenthalstr. 21.

Bei
regelmäßiger
Periodenförderung
bedürftigen Frauen nur meine
sicher wirkenden Mittel.
Billigste Preise
in **Gummiwaren**
Jugigrößen, Spielzeug, Leib-
und Monatsbinden.
Katalog gegen 2,- M. Karte
Frau B. Zander,
Neuenstr. 9066
Gellertstraße 28, 1. Stod
an der Gellertstraße.

Das Gedichtbuch
„Die vergitterten Paläste“
von **Hans Gathmann**
ist für Mark 20.-
durch die Volkswacht- und alle Arbeiter-
und Volksbuchhandlungen zu beziehen.
Paul Barsch schreibt:
... „Sie haben es trefflich verstanden,
Wort und Reim in Einklang zu bringen
und unter dem vierzehnjährigen
Bilder zu schaffen, die eine dichterische
Sinnkraft ausstrahlen.“
Konrad Haaf, Verlag DWB., Hamburg 8

Druckerei Volkswacht
Moderne, zweckmäßige und saubere
Ausführung aller Druckfachen
preiswert und bei kürzester Lieferzeit
Breslau 2, Flurstraße 4-6

Herrn-Anzüge
Cutaways, gestr. Rosen
in allen Größen
enorm billig
nur gute Qualitäten
aus eigener Werkstatt.
Maßanfertigung
in nur bester
Ausführung empfiehlt
Winkler,
Spezialgeschäft für
Herrn-Bekleidung,
Adalbertstraße 16.

Möbel
erhalten Sie billig
und gut bei
S. Osswald
Albrechtstraße 6
1., 2. und 3. Etg.
Teilzahlung gestattet.
Versand nach auswärts
streng diskret.

Bitte bei allen Ein-
käufen für die
die Inserenten unserer
Reitung zu berücksichtigen

**Donnerstag bis Sonnabend:
Billige Fleischtage!**
Infolge großen Andranges bitte höflichst, zum Einkauf
möglichst schon den Donnerstag zu benutzen.
Rindfleisch aus Stadt- Pfd. 11.-
Rindfleisch ohne Knochen Beständen 13.-
Hammelfleisch „ 15.-
Hammelfleisch u. Bratenstücke „ 16.-
Schmatz (amerik.) „ 30.-
Talg (ausgebraten) „ 24.-
Schweinefleisch „ 22.-
Geraucherter Bauch „ 29.-
Kleinfleisch „ 6.-
Wurstwaren und Konserven:
Knoblauchwurst Pfd. 12.-
Leberwurst „ 13.-
Berliner Mettwurst „ 18.-
pa. Lachsschinken und Schinkenspeck Pfd. 31.-
Rindfleisch im eigenen Saft Dose 10.-
(inhalt ca. 550 g pa. Fettfleisch)
Breslauer Fleisch-Centrale
Schmiedebriicke 21, 1. Etage
und Westendstraße 68 (Laden). 11280

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 25. Januar.

Sozialdemokratischer Verein.

Parteimitglieder aus allen städtischen Betrieben! Donnerstag, den 26. Januar: zwei Versammlungen. Eine vormittags 8 1/2 Uhr, die andere abends 7 1/2 Uhr. Frauen mitbringen, ebenso alle die Kollegen, die der Partei beitreten wollen.

Parteifunktionäre! Dienstag, den 31. Januar, in allen Abteilungen: Wichtige Funktionärstagen.

Sozialistische Studentengemeinschaft. Der für Donnerstag, den 26. Januar, angelegte Kursabend muß leider wegen Verhinderung des Leiters ausfallen.

Delegierte zur Frauenkonferenz am Sonntag. Die Mandate, die zur Teilnahme an der Frauenkonferenz berechtigt sind, sind von den gewählten Delegierten im Parteisekretariat, Zimmer Nr. 36 37, abzuholen.

Ein Wort

zur Brotpreiserhöhung.

Wieder einmal sehen wir vor einer neuen Teuerungswelle. wiederum steht eine ganz erhebliche Verteuerung des wichtigsten aller Nahrungsmittel, des Brotes bevor. Mit Wirkung vom 16. Februar ab werden die Getreidepreise dergestalt erhöht, daß mit einer Steigerung des Brotpreises um 1/2 des jetzigen zu rechnen ist. Was das für viele Kreise der Bevölkerung und insbesondere für Kinderreiche bedeutet, darüber bedarf es keiner langen Erläuterung. Jedoch schon heute ist mit ziemlicher Sicherheit damit zu rechnen, daß es nach der Brotpreiserhöhung bleiben wird, sondern daß automatisch auch die Preise für die anderen wichtigen Lebensmittel in die Höhe schnellen werden. Gilt doch gerade der Brotpreis von jeher gewissermaßen als ein Richtmaß der allgemeinen Lebenshaltung.

Wenn wir nach den Ursachen der neuen katastrophalen Erhöhung der Getreidepreise fragen, so müssen wir uns vergegenwärtigen, daß die Erhöhung unter einem außerpolitischen Zwang erfolgt ist und insofern der Regierung als solcher kein Vorwurf gemacht werden kann. Der Bedarf des deutschen Volkes an Brotgetreide beträgt etwa 4 1/2 Millionen Tonnen, von denen nur 2 1/2 Millionen Tonnen aus den Zwangslieferungen unserer Landwirtschaft gedeckt werden konnten, während der Rest aus dem Auslande eingeführt wurde. Dieses Auslandsgetreide kann infolge unserer schlechten Zahlung nur zu sehr hohen Preisen von uns gekauft werden. Um nun das Getreide zu einigermaßen erschwinglichen Preisen an die Bevölkerung abgeben zu können, hat das Reich bisher ganz erhebliche Zuschüsse geleistet. Nun macht aber die Entente eine wesentliche Einschränkung der Zahlungsbedingungen unter anderem auch von der Vorauszahlung abhängig, daß die Regierung die bisher geleisteten Zuschüsse zur Lebensmittelerbilligung abbaut, bzw. ganz einführt. In diese Zwangslage versetzt, sah sich unsere Regierung trotz aller schwerwiegenden Bedenken gezwungen, den Wünschen unserer Vertragspartner nachzugeben.

Die Frage der Brotpreiserhöhung aber hat noch eine andere innenpolitische Seite. Es muß ernsthaft die Frage aufgeworfen werden, ob nicht durch eine intensiverere Produktion unserer eignen Landwirtschaft und durch eine Verschärfung der Zwangswirtschaft für Getreide größere Mengen von Getreide der Volksernährung aus unserer inländischen Produktion zugänglich gemacht werden könnten, als das bisher geschehen ist. Gewiß werden wir nicht ganz ohne ausländisches Getreide auskommen, aber eine wesentliche Einschränkung der Getreideimport würde unserem Lande Milliarden ersparen. Weiterhin muß gefordert werden, daß die Preise für das inländische Getreide niedrig gehalten, bzw. herabgesetzt werden, denn nur dadurch kann die katastrophale Erhöhung des Brotpreises einigermaßen abgemildert werden. Jetzt zeigen sich die Folgen der verhängnisvollen Politik des jetzigen Ernährungs- und Finanzministers Herms, der sich in Punkte Zwangswirtschaft und Erzeugerpreisen den Wünschen des Großgrundbesitzes bisher immer gefügig gezeigt hat, während er für herkömmliche Forderungen von Arbeitnehmergruppen gelegentlich nur ein schroffes Nein übrig hatte und durch sein arrogantes Verhalten die Gefahr eines Generallotteries mit allen seinen wirtschaftlichen Erschütterungen heraufbeschwor. Herr Herms ist es zu verdanken, daß wir bereits einen so hohen Preis für Inlandsgetreide haben und daß sich der Großgrundbesitz auf Kosten der armen Bevölkerung keine Taschen füllt. Es ist überflüssig zu sagen, daß die Kooperationsfähigkeit der Sozialdemokratie nicht gerade erhöht wird, wenn sie gezwungen ist, mit Leuten vom Schlage Herms in einer Regierung zu sitzen. Hier muß endlich einmal etwas Entscheidendes geschehen. Dem Großgrundbesitz, dessen Appetit mit der Größe seiner Gewinne wächst, muß gesagt werden, daß sich die Bevölkerung nicht auf die Dauer überarbeiten läßt. Man braucht sich ja nur die unverzähmte hohen Preise auch der anderen landwirtschaftlichen Produkte zu vergegenwärtigen, an denen wir die zweifelhaften „Segnungen“ der von Herms so befürworteten freien Wirtschaft bereits erfahren durften.

Nun wird man ja wieder mit dem Einwand kommen, daß die erneute Lebensmittelerhöhung eine dementsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter zur Folge haben wird, sodaß die Verteuerung nicht so fühlbar wird. Abgesehen davon, daß das durchaus nicht auf alle Berufs- und Berufsklassen zutrifft, sind Gehalts- und Lohnaufbesserungen bisher immer zu spät gekommen, um den tatsächlichen Verhältnissen gebührende Rechnung getragen zu haben. Aber auch das vor einigen Tagen an dieser Stelle veröffentlichte Leipziger Rundschreiben der Unternehmerverbände gibt einen Vorgeschmack davon, welches Entgegenkommen die Arbeiterschaft von vielen Unternehmern zu erwarten hat. Aus diesen Betrachtungen ergibt sich, daß durch die bevorstehende Brotpreiserhöhung wiederum die wirtschaftlichen Schwächen am meisten betroffen werden und daß im Interesse der armen Bevölkerung alle Maßnahmen veranlaßt werden müssen, die eine Milderung der neuen Brotpreiserhöhung herbeiführen können. Dazu gehört u. a. vor allen Dingen eine erneute Verschärfung der Zwangswirtschaft für Getreide und eine Niedrighaltung der inländischen Getreidepreise.

Kapitalbeschaffung für den Kleinwohnungsbau durch die Krankenkassen.

Der amtliche preussische Pressedienst schreibt: Die Beleihung der Klein- und Mittelhausbauten durch die zuständigen Kreditanstalten und durch sonstige Geldgeber stößt heute vielfach auf Schwierigkeiten. Zur Finanzierung des Wohnungsbau müssen daher andere Wege gesucht werden, wo immer sie sich finden, herangezogen werden. Neuerdings haben sich viele Krankenkassen bereit erklärt, mit ihren verfügbaren Mitteln bei der Beschaffung von Hypotheken und langfristigen Darlehen zu punkten der Merkbarkeit kräftige Mittel zu leisten. Auf die Möglichkeit dieser Kapitalbeschaffung für den Kleinwohnungsbau werden die Gemeinden, Gemeindevorstände und die für den gemeinsamen Wohnungsbau in Frage kommenden Organisationen in einem Erlaß des Ministers für Volkswirtschaft hingewiesen. Wegen die Verwendung der Krankenkassennittel zu diesem Zweck bestehen keinerlei Bedenken. Die

Rücklagen der Krankenkassen sind infolge der Erhöhung der Grundlöhne jetzt so angewachsen, daß 20-25 vom Hundert für Kreditzwecke verwendet werden könnten, ohne daß die Kassen in Gefahr geraten würden, das jeweilig für besondere Notfälle erforderliche Barcapital nicht zur Verfügung zu haben. Die Krankenkassen sind im übrigen an der Erstellung gesunder Wohnungen sehr stark interessiert, da andererseits bei ungenügendem Gesundheitszustand der Allgemeinheit ihre Mittel stark herangezogen werden müßten.

Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages trat am 23. Januar unter großer Beteiligung zu einer Sitzung im Rathaus zu Breslau unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Böhm-Berlin zusammen. Es ist bezeichnend, daß die Finanzfrage wieder einen breiten Raum der Erörterung einnahm. Angesichts der bevorstehenden Verhandlungen im Reichstage über die einzelnen Steuergesetze und über das Landessteuergesetz muß seitens der Städte immer wieder betont werden, daß die Gemeinden in ihren Finanzen wieder auf eigene Füße gestellt werden müssen. Das jetzige Datationsystem, mag es nach festen Normen oder nach freiem Ermessen der Reichsbehörden aufgemacht sein, ist das Grab der Selbstverwaltung und muß jede Verwaltungstätigkeit der Gemeinden erlöten. Wiederherstellung der finanziellen Unabhängigkeit ist die Forderung, die von den Gemeinden immer wieder erhoben werden muß. Den Gemeinden müssen bestimmte eigene Einnahmequellen ganz überlassen und es muß ihnen auf dem Gebiete der großen Steuern entweder ein Zuschlagsrecht einräumt oder ein erheblich größerer Anteil als bisher eingeräumt werden. Diese Forderung soll sowohl dem Reichsfinanzminister wie dem Reichsrat und dem Reichstage gegenüber mit allem Nachdruck vertreten werden. Zu diesem Zwecke wurde ein Ausschuss, bestehend aus den Herren Oberbürgermeister Böhm-Berlin, Debnauer-Köln, Blücher-Dresden, Glasing-Darmstadt, Luthe-Essen und Michalski-Berlin gebildet.

Von den weiteren Verhandlungssachen war von besonderer Wichtigkeit Johann das Wohnungsbauabgabegesetz. Die trostlose Lage auf dem Gebiete des Wohnungswesens und die schweren gesundheitslichen Gefahren, die sich infolge des gedrängten Zusammenlebens bereits bemerkbar machen, zwingen trotz aller Bedenken zu durchgreifenden Maßnahmen. Anders als durch Neubauten läßt sich Abhilfe nicht schaffen. Es ist aber unmöglich, die außerordentlich großen Beiträge, die aus öffentlichen Mitteln zu den Neubauten zugeschossen werden müßten, im Wege der Anleihe anzubringen, und es bleibt nichts übrig, als die Deckung der jährlichen Bautotenanzuschüsse im Steuerwege zu schaffen. Durch die Einführung der Wohnungsabgabe ist der einzig mögliche Weg bereits beschritten, aber in gänzlich unzureichendem Maße. Die bisherigen Sätze von zusammen 10 Prozent sind für den Deckungsbedarf gänzlich unzureichend, und auch die von der Reichsregierung jetzt vorgeschlagene Erhöhung von 50 Prozent genügt bei weitem nicht, um Neubauten in erforderlichem Umfange finanzieren zu können. In Uebereinstimmung mit dem vom Wohnungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates gefaßten Beschluß hält der Vorstand des Deutschen Städtetages daher trotz aller Bedenken die vollwirtschaftlich entgegenstehende Erhöhung auf 100 Prozent der Mietmiete für unentbehrlich.

Ferner wurde Stellung genommen zum Beamtenarbeitsgesetz und Arbeitsnachweisgesetz. Weiter wurde von den Vorarbeiten zur Gründung eines Haftpflichtversicherungsverbandes der Stadtgemeinden Mitteilung gemacht.

Entlassungen bei der Post.

Die von der Entente geforderten Maßnahmen zur Ausbalanzierung des Etats, u. a. auch der Reichspost, beginnen in diesem unter Herrn Gieseler noch etwas verfahrenen Betriebe bereits zu wirken. Die Oberpostdirektion Breslau droht die Entlassung von Hilfskräften an, also eine neue Vergrößerung der Arbeitslosigkeit und eine — noch — schlechtere Postbestellung. Sie schreibt:

„Während die Post in den letzten Jahren vor dem Kriege für das Reich eine Quelle hoher Einnahmen bildete, arbeitet sie jetzt mit einem erheblichen Verluste. Bekanntlich verlangt die Entente, daß im Haushalte der Post das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe hergestellt werde, damit der Verluste vermieden werden. Dieses Ziel könnte auf zwei unter Umständen gleichzeitig zu beschreitenden Wegen erreicht werden: durch die Erhöhung der Einnahmen und durch die Verminderung der Ausgaben.“

Der erste dieser beiden Wege würde eine weitere Erhöhung der Tarife der Post bedingen. Obgleich die bisherige Tarifherabsetzung lediglich der Entwertung unserer Wälua Rechnung getragen hat, wird sie nennlich einen Rückgang des Betriebes zur Folge haben. Eine weitere Steigerung der Tarife über die durch die Wäluaverschlechterung bedingte Höhe hinaus erscheint mithin zurzeit nicht ausführbar.

Es liegt daher vorläufig nur der zweite Weg offen: Verminderung der Ausgaben. Da in dem Haushalte der Post gegenwärtig die „Persönlichen Ausgaben“ einen sehr erheblichen Teil der Gesamtausgabe ausmachen, läßt sich eine wirksame Entlastung des Haushaltes nur durch Verminderung jener Ausgaben, d. h. durch Verkleinerung des Personals, erzielen. Die Oberpostdirektion ist daher genötigt, in nächster Zeit zahlreiche Hilfskräfte aus dem Dienste zu entlassen, eine Maßnahme, die nicht ohne Einfluß auf den Postbestellendienst bleiben wird.

Die Einwohnerzahl Breslaus wird also damit zu rechnen haben, daß demnächst die erste Briefbestellung, die jetzt gegen 9 1/2 Uhr vormittags endigt, künftig bis 11 Uhr vormittags dauern wird. Ebenso werden die zweite und dritte Bestellung fortan, wenn auch nicht in gleichem Maße, etwas später als bisher beendigt sein.

Nur unter dem Zwange der Verhältnisse hat sich die Oberpostdirektion zu diesem Vorgehen entschließen müssen; sie hofft, daß die Bevölkerung, die bisher ungemein tiefgreifende Maßnahmen, zum Beispiel Rationierung der Kohle, Einschränkung des Eisenbahnverkehrs, geduldig ertragen hat, die Zwangslage, in der sich die Postverwaltung befindet, verständnisvoll anerkennen wird.

In ähnlicher Weise wie im Bezirk Breslau wird übrigens im ganzen Reich vorgegangen werden.“

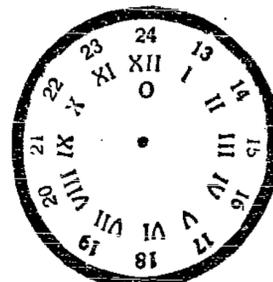
Konzert des Arbeiter-Bildungs-Ausschusses in der Heil-Hütte Herrnprotitz.

In unserer städtischen Heil- und Pflegehütte Herrnprotitz, die seit etwa Jahresfrist nicht mehr allein eine letzte Zufluchtsstätte für Alte und Gehe, sondern auch eine moderne Tuberkulose-Heilstätte geworden ist, sind gegenwärtig über 800 Sieche und Kranke jeden Alters untergebracht. Das Leben in der Anstalt ist im allgemeinen das gleiche und wird deshalb bei längerem Aufenthalt eintönig. Um in dieses tägliche Einerlei etwas Abwechslung zu bringen, den Insassen eine gelegentliche Freude zu schaffen, hat es in dankenswerter Weise der Arbeiter-Bildungs-Ausschuß unternommen Konzerte und Wiederabende im Kirchenraum der Anstalt zu veranstalten. Am Montag fand sogar schon die dritte derartige Veranstaltung statt. fanden die ersten beiden schon bei allen Insassen freudige Aufnahme, so war die letzte ein Volltreffer und sie bedeutet wahrhaftig ein Ereignis für alle, die in Darbietungen

mit anhören konnten. Das Programm war außerordentlich geschickt auf den Zuschnitt zugeschnitten und die Mitwirkenden gaben ihr Bestes für die Vermittlung der Armen, die so selten in den Genuss solcher Dinge kommen. Zunächst war es die kleine 12-jährige Ingeborg Küttner, die sich schon nach den ersten Geigenflüssen die Zuneigung der Zuhörer erzielte. Ingeborg Küttner ist schon jetzt eine kleine Künstlerin, in der zweifelslos ein Talent steckt, das zu großen Hoffnungen erweckt. Dann war es Frau Charlotte Scherbening, die durch die Auswahl ihrerlieder und die gute, wohltätigende Vortragweise ebenso dankbare Anerkennung durch Selbststimmfunde fand, wie Ingeborg Küttner. Zwei Klavier-Vorträge von Fräulein Irene May fanden ebenfalls dankbare Aufnahme, wie auch die Klavierbegleitung des Fräulein Balla Küttner. Mit der Zusammenstellung des Programms hatte diesmal der Arbeiter-Bildungsausschuß das Richtige getroffen und wenn er von allen Mitwirkenden dabei auf das vorzüglichste unterstützt wurde, so muß beides anerkennend hervorgehoben werden. Jedenfalls werden die Insassen der Heilstätte Herrnprotitz diesen Abend so schnell nicht vergessen, die leuchtenden Gesichter der alten Mütter, Väter, Jugendliden und Kinder sagten es nur zu deutlich. Deshalb allen Mitwirkenden, die sich selbstlos in den Dienst der guten Sache stellten und dem Arbeiter-Bildungsausschuß nochmals an dieser Stelle herzlichsten Dank.

Die 24 Stunden-Zeit.

Abgesehen von Dänemark und Holland haben alle an Deutschland grenzenden Staaten in ihrem Verkehrsleben die 24-Stunden-Zählung. Auch in Deutschland ist ihre Einführung schon vor Jahren erörtert worden, man konnte sich dazu aber aus gewichtigen Gründen nicht entschließen. Wie es scheint, wird nun auch bei uns für den Eisenbahnverkehr (im nächsten Winterfahrplan?) die 24-Stunden-Uhr eingeführt. Diese Neuordnung ist für den internationalen Verkehr von außerordentlicher Wichtigkeit. Man wird natürlich nicht neue Uhren schaffen, mit einem durchgehenden Zifferblatt von 24 Stunden, sondern man wird die alten Uhren mit einer doppelten Reihe Stundenzahlen versehen. Von Mittag 1 Uhr ab gelten die arabischen Ziffern oder die römischen, je nachdem. Die neue Uhr wird dann so aussehen:



Mit der Durchführung der 24-Stunden-Bezeichnung fallen eine ganze Reihe Fehlerquellen fort, wie sie z. B. im Kursbuch oft zu Verwirrungen Anlaß geben. Während beispielsweise der D-Zug Köln-Berlin Köln 6.25 Uhr morgens verläßt, mittags 1.10 Uhr in Hannover ist, 5.55 Uhr in Magdeburg einläuft und 10.35 Uhr abends Berlin erreicht, werden die entsprechenden Fahrzeiten nach der neuen Uhr so bezeichnet: Ab Köln 6.25 Uhr, an Hannover 13.10 Uhr, an Magdeburg 17.55 Uhr, an Berlin 22.35 Uhr. Damit ist unzweifelhaft ausgedrückt, daß er morgens abfährt, mittags in Hannover ist und abends in Berlin ankommt, während man bei der alten Bezeichnung sich erst vergewissern mußte, ob die 6.25 mit oder ohne Strich geschrieben war. Bisher wurde die Bezeichnung: „Nun schlägt's dreizehn“ nur scherzhaft gebraucht, 1922 voraussichtlich ist das kein Scherz mehr.

• Von der Oberpostdirektion. Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien als Chef der Oberstrombauverwaltung teilt mit, daß die Schleuse Ratow wegen dringender Ausbesserungsarbeiten auf etwa sechs Wochen gesperrt werden muß. Die Arbeiter sollen in Angriff genommen werden, wenn die oberhalb Ratow stehende verkommene Schiffschleuse Ratow saniert ist, spätestens jedoch am 22. Januar d. J. Der Vorstand des Wasserbauamts macht namens des Herrn Oberpräsidenten, Chef der Oberstrombauverwaltung, hiermit bekannt, daß infolge des Eisstandes die Schiffschleuse seit dem 14. Januar geschlossen ist.

• Nichtigkeitsklärung. In den Ankündigungen über die „Maria Stuart“-Aufführung im Roberttheater brachte die Breslauer Presse, darunter auch wir, die Notiz, daß die Inszenierung von „Maria Stuart“ Direktor Barnays Wert sei. Aus Theaterkreisen erhalten wir nunmehr die Mitteilung, daß die Inszenierung zu „Maria Stuart“ nicht von Direktor Barnay, sondern in allen ihren Einzelheiten von Oberspielleiter Arnfeld stammt. Wir nehmen keinen Anstand, dies hiermit richtig zu stellen, da diese Inszenierung nicht nur in Breslau, sondern auch in Berliner Blättern ernste und anerkennende Beachtung gefunden hat.

• Die Diebesbeute als Berräter. Bei einem Kaufmann auf der Bolener Straße wurde, wie gemeldet, am 18. ein Einbruch ausgeführt, bei dem Lebensmittel für mehrere tausend Mark erbeutet worden sind. Als bald wurden bei einem Arbeiter zwei Päckchen Kaffee gesehen, die aus dem Geschäft des Kaufmanns stammten und der Arbeiter wurde wegen dringendem Verdachts der Teilnahme an dem Einbruch festgenommen.

• Unterschlagung und Urkundenfälschung. Ein Büroangestellter des Versorgungsamts ist dieser Tage festgenommen worden, weil der dringende Verdacht vorliegt, daß er Urten besichtigt und Urkunden gefälscht habe, um Interessenten zu dienen und dadurch Vorteile für sich herauszuschlagen. Bei der Durchsichtigung seiner Wohnung wurden Urten des Amtes bei ihm vorgefunden.

• Geplünderte Schantwirtschafft. Aus einer Schantwirtschafft auf der Weidenstraße sind am 23. Januar früh in den Morgenstunden mittels Einbruchs geraubt worden: 30 Flaschen Sternhäger von C. W. Fische, etwa 15 Flaschen Rampo-Witze, 500 Zigaretten verschiedener Sorten, 200 Zigarren, 2 Sorten, etwa 12 Pfund Butter, 25 Pfund Gries, 5 Pfund Talg, 1 Aluminiumtopf mit Eisenbein, 1 weiße Kellnerjacke und etwa 495 Mark Papiergeld. Meldungen zu richten an Zimmer 47 des Polizeipräsidiums.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Mitteilungen der Direktionen.

Vereinigte Theater. Am Mittwoch wird im Lobe-Theater die Schaurte „Der Feldherrnhügel“ wiederholt. In Wecklins „Kammerjäger“ und Schnitzlers „Grünen Kaffee“ führt Direktor Paul Barnay die Regie.

In Thalia-Theater wird Mittwoch die Posse „Einen von unsrer Deut“ gespielt. Die Erstauflührung der von Alexander Maria inszenierten Posse „Pompacinoabundus“ ist auf Sonntag abends angelegt. Die Längerin Uebel-Kenate Fitz wird im Rahmen dieser Vorstellung mit zwei Darbietungen auftreten.

Circus Bock. Nur noch kurze Zeit gelangt das ausserordentlich farne Programm zur Vorführung. Über es noch nicht gesehen, besalle sich, die Eintrittskarten im Vorverkauf bei Barock und an der Circuskasse zu lösen.

Unterhaltung

Der Gemüsehändler.

Von Anatole France
in einer Bearbeitung von Leo Tolstoj.
(Fortsetzung.)

Vielleicht hätte Crainquebille wirklich jetzt alles gestanden, wenn er nur gemerkt hätte, was er gesehen sollte.

Der Herr Präsident Bourriache hatte ganze sechs Minuten dem Verhör Crainquebilles gewidmet. Dieses Verhör hätte vielleicht mehr zur Klärung der Sache beigetragen, wenn der Angeklagte auf die ihm gestellten Fragen geantwortet hätte. Aber Crainquebille war nicht an das Reden gewöhnt, auch hatten ihm in solcher Gesellschaft Angst und Respekt den Mund geschlossen. So schweig er denn, und der Präsident selbst gab die Antworten; sie bestätigten die Anklage. Zuletzt sagte er:

„Sie gesehen also, daß Sie „Tod den Rügen“ gesagt haben.“
„Nicht erst drangen aus der Reihe des Angeklagten Crainquebille Töne, die an das Geräusch von atem Eisen und gebrochenen Glasgerben erinnerten.“
„Ich habe „Tod den Rügen“ gesagt, weil der Herr Schugmann „Tod den Rügen“ gesagt hat. Nur da hab' ich „Tod den Rügen“ gesagt.“ Er wollte zu verstehen geben, daß er von solcher unerwarteten Beschuldigung betroffen und konstus geworden, die schrecklichen Worte wiederholt habe, deren er fälschlich beschuldigt wurde, und die er, selbstverständlich, nicht gesagt habe.

Aber Herr Präsident Bourriache hatte ihn anders verstanden.
„Sie wollen behaupten,“ sagte er, „daß der Schugmann zuerst diese Worte gesprochen hätte?“
Crainquebille richtete auf eine Antwort. Das war ihm zu schwer.

„Sie bestehen nicht darauf. Und haben dazu die besten Gründe,“ sagte der Präsident.

Er ließ die Zeugen holen.
Der Schugmann Nr. 64, mit Namen Bastian Matra, schwor, daß er die Wahrheit, die Wahrheit allein sagen werde. Dann erklärte er folgendes:

„Als ich am 20. Oktober um ein Uhr nachmittags meinen Dienst machte, bemerkte ich auf der Pontmartinstraße einen Mann, der mir ein Gemüsehändler zu sein schien. Sein Karren stand geschwibzig auf einer Stelle vor dem Hause Nr. 328, was den Anlaß zu einem Andrang von Fußwerkern hier gab. Ich habe ihn dreimal aufgefordert, er möge weiterfahren, aber er weigerte sich, mir zu gehorchen. Als ich ihn darauf aufmerksam machte, daß ich ein Protokoll aufnehmen, da schrie er: „Tod den Rügen“, was ich für sehr beleidigend hielt.“

Diese einfache und gedrängte Erklärung wurde vom Tribunal mit höchlichem Wohlwollen angehört. Zur Verteidigung wurden Madame Bagard, die Schultersfrau, und Herr David Matthieu, Oberarzt im Hospital Ambroise-Paré, Ritter der Ehrenlegion, vorgezogen. Madame Bagard hatte nichts gesehen und nichts gehört. Doktor Matthieu befand sich in der Menge, die sich um den Schugmann gebildet hatte, als dieser den Gemüsehändler zum Weiterfahren aufforderte. Seine Aussage hatte einen kurzen Zwischenfall hervorgerufen.

„Ich war Zeuge des Vorfalls,“ sagte er. „Habe gemerkt, daß der Schugmann sich irrt, denn niemand hat ihn beleidigt. Ich trat an ihn heran und sagte ihm das. Der Schugmann aber hat trotzdem den Händler arretiert und forderte mich auf, ihm aufs Kommissariat zu folgen, was ich auch getan habe. Meine Aussage habe ich vor dem Kommissar erstattet.“

„Sie können sich sehen,“ sagte der Präsident. „Wörtchen, rufen Sie den Zeugen Matra wieder herein.“
„Matra, als Sie den Angeklagten arretiert hatten, hat Ihnen da der Herr Doktor Matthieu nicht gesagt, daß Sie sich irren?“

„Das heißt er hat mich beleidigt, Herr Präsident.“
„Was hat er Ihnen denn gesagt?“
„Er hat „Tod den Rügen“ gesagt.“
„Ärm und Gelächter ertönte im Saale.“
„Sie können wieder gehen,“ sagte der Präsident eilig, und er ermahnte das Publikum, daß er, wenn sich ähnliche unsieliche Manifestationen wiederholten, den Saal räumen lasse. Unterdessen triumphierte die Verteidigung, und alle glaubten in diesen Augenblicken, Crainquebille müßte freigesprochen werden.

Als die Ruhe im Saale wieder hergestellt war, erhob sich Herr Lemerle. Er begann seine Verteidigungsrede mit einem Lob auf die Agenten der Polizei, „diese bescheidenen Diener der Gerechtigkeit, die bei ihrem kümmerlichen Gehalt Strapazen ertragen müssen, unaufhörlichen Gefahren ausgesetzt sind und täglich Heldentaten vollbringen. Es sind das gewesene Soldaten, die auch weiterhin Soldaten bleiben. Soldaten! ... Das Wort allein sagt schon alles.“ Und Herr Lemerle begann seine Betrachtungen über die militärischen Tugenden auseinanderzusetzen. Seinen Worten nach wäre er auch einer von jenen, „die es nicht gestatten, daß man über die Armeepotte, über die nationale Armee, der anzugehören auch er die Ehre habe.“

Der Präsident nickte mit dem Kopfe.
Herr Lemerle war tatsächlich Leutnant der Miliz. Auch war er als Kandidat der nationalen Partei im Viertel Dieux-Drieite aufgetreten.

Der Advokat fuhr fort:
„Mein, mir sind die bescheidenen und unschätzbaren Dienste, welche diese Beschützer der Sicherheit der heldenmütigen Einwohner der Stadt Paris alltäglich erweisen, nur zu gut bekannt. Und niemals hätte ich mich, meine Herren, einverstanden erklärt, die Verteidigung Crainquebilles auf mich zu nehmen, wenn ich in ihm den Beschützer eines gemeinen Soldaten gesehen hätte. Man beschuldigt meinen Klienten „Tod den Rügen“ gerufen zu haben. Der Sinn dieser Worte ist jedem bekannt. Wenn Sie ein gewisses Lexikon zur Hand nehmen, so werden Sie lesen: „Tod den Rügen“, Faulenzler, Müßiggänger. Einer, der sich bei der Polizei verdingt: „polizeilicher Spion“. „Tod den Rügen“ wird in gewissen Kreisen gebraucht. Nun ist aber die Frage: wie hat es Crainquebille gesagt? Und ob er es überhaupt gesagt? Erlauben Sie mir, meine Herren, dies zu bemerken. Ich will den Schugmann Matra durchaus nicht verdächtigen, böse Absichten dabei gehabt zu haben. Aber er vertritt, wie mir dies bereits bemerkt, einen mühevollen Dienst. Er ist oft müde und abgemüdet dabei. Unter solchen Bedingungen konnte er leicht das Opfer einer gewissen Art von Gehörhalluzination gewesen sein. Und wenn er Ihnen sagt, meine Herren, daß Doktor David Matthieu, Kavallerier der Ehrenlegion, Oberarzt im Hospital Ambroise-Paré, ein Repräsentant der Wissenschaft und ein Mann aus der besten Gesellschaft, ebenfalls „Tod den Rügen“ gesprochen habe, so werden Sie zugeben müssen, daß Matra von einer Wahnidee befallen ist, ich möchte sagen, falls der Ausbruch Ihnen nicht übertrieben erscheint, er sei ein Opfer von Verfolgungswahn.“

Aber selbst, wenn Crainquebille in der Tat „Tod den Rügen“ gesprochen hätte, so mühte man sich festhalten, ob diese Worte in seinem Munde den Charakter eines Deliktes haben. Crainquebille ist der uneheliche Sohn einer Straßenhändlerin, die wegen Trunksucht und Ausschweifung zugrunde ging; er ist ein geborener Alkoholiker. Sie sehen ihn da abgekämpft durch sein tagelanges Elend, und Sie selbst, meine Herren, müssen zugeben, daß er nicht verantwortlich ist.“

Herr Lemerle seht sich, und der Präsident Bourriache verlas zwischen den Zähnen das Verdikt, welches dahin lautete, daß Jerome Crainquebille zu zwei Wochen Gefängnis und 50 Franke Geldstrafe verurteilt wird. Das Gericht hatte seine Sentenz auf Grund der Aussage des Schugmannes Matra gebracht.

Als Crainquebille durch den langen und dunklen Korridor des Gerichtsgebäudes geführt wurde, empfand der Alte ein fürchterliches Bedürfnis nach Mitgefühl. Er wandte sich an die Wache, die ihn begleitete und redete ihn dreimal an:

„He, Sie! ... Soldat! ... Hören Sie! ... Soldat!“ Der Alte seufzte. „Ach, wenn man mir das vor zwei Wochen gesagt hätte, daß mir so etwas passieren wird!“

Dann äußerte er folgenden Gedanken:
„Zu rasch sprechen die Herren. Sie sprechen schön, aber ungenau. Man kann sich mit ihnen nicht verständigen. Was meinen Sie, Soldat, nicht wahr, sprechen die Herren zu rasch?“ (Schluß folgt.)

Dienstboten.

Von Anton Wildgans.

Sie sind immer nur da, um zu dienen,
Niemand fragt sie nach ihrem Begehrt.
Solange sie gehorchen, ist man zu ihnen
Freundlich, so wie zu Fremden — nicht mehr.

Sie wohnen mit uns im selben Quartiere,
Aber für sie muß der schlechteste Raum
Gut genug sein — für unsere Tiere
Sorgen wir zärtlicher als für ihre
Menschlichen Wünsche — die kennen wir kaum.

Sie sind die Hände, die nie bedankt sind;
Wir wechseln sie aus wie den brüchigen Stahl
Einer Kadavere. Wenn sie erkrankt sind,
Müssen sie aus dem Haus ins Spital.

Manchmal könnte ein Wort der Güte,
Ein Tag im Frühling, um auszuruhen,
In ihrem verdorrten Gemüte
Eine verschänte schütterne Blüte
Leise erwecken und Wunder tun.

So aber sind sie gewohnt, die Leisten
Bei allem, was freut und nützt, zu sein,
Und werden wie alle Zurückgesetzten
Entweder gebrochen oder gemein.

Sozialistische Volkshochschule.

Von Max Schöhl.

fern vom Getriebe der Welt, im Waldder Lande, wo noch unberührt Bergwald steht, erhob sich ein Haus, das Bundesheim der Volkserzieher. Dort lebten fünf Sommerende achtundzwanzig junge Sozialdemokraten aus allen Gauen Deutschlands, zum Teil Führer der Arbeiterjugend oder der Jungsozialisten. Für ein Vierteljahr haben sie sich aus der aktiven Jugendbewegung zurückgezogen, um an sich geistig zu arbeiten und im Frieden rauchender Räume Selbsterziehung zu üben. Hier wollten sie wachsen, um später wieder gehen zu können, zum Nutzen der sozialistischen Jugend und der großen Menschheitspartei, wie Dr. Strömer die deutsche Sozialdemokratie nennt, nachdem er von der Warte des neutralen Auslands sich Rechenschaft gegeben hat, daß die demokratische Partei nicht geeignet ist, den Abgrund des Krieges zu überbrücken und die Völker näher zu bringen.

In den unerschöpflichen Bibliotheken haben die Vertreter der arbeitenden Jugend das Gedächtnis abgelegt, der internationalen Verständigung einen breiten Weg zu bahnen. Sie wissen, daß zu diesem Ziele nur unermüdlicher Kampf mit den Mächten der Finsternis und der Eigennützigkeit führt und daß es endlich nur gelingen kann in einer Wirklichkeitsform, die jedem, der willens ist zu kämpfen, ein menschenwürdiges Dasein bietet und geeignet ist, der Arbeit und dem Leben Seele und Inhalt zu geben.

Zu großem Kampf gehören gute Waffen. Für eine lebende Jugend mit Herz und Hirn, die ein blutiges Morden mit unbeschränkter Brutalität und Gräßlichkeit erliebt, können es nur geistige Waffen sein. Ohne die Köpfe keinen Sieg. Mit raffiniertem Instinkt hat eine herrschende Klasse den Kindern des Volkes nur lange Waffen vom Tische der Wissenschaft gegönnt. Zunkertrakt und Kirche zeigen sich als willige Hüter und formten eine konfessionelle Drillanstalt, keine Schule, keine Bildungsstätte junger schaffender Menschen. So muß eine zukunftsstarke Jugend im Verein mit freigelebten Führern selbst daran gehen, Schmieden des Geistes zu bauen.

Ein solcher Anfang ist Kafflar. Hier werden Wege gewiesen, Erfahrungen gezogen. In reger Gemeinschaftsarbeit werden die wichtigsten Fragen der Volkswirtschaft eingehend erörtert. Ein geschichtlicher Rückblick ins letzte Jahrhundert zeigt, daß manche sorgsam gebaute Legende und Licht vieles in ganz anderem Lichte erscheinen. Heutige kritische Jugendprobleme durchsichtig man und gewinnt Anregungen für die Arbeit in der Heimat. Dann geht es an naturwissenschaftliche Theorien über die Entstehung des Weltalls, Entwicklung des Lebens auf der Erde und so fort. Beziehungen tauchen auf, die es erklärlich erscheinen lassen, warum die Herren des Mittelalters sich noch heute an ein überholtes Weltbild klammern. In der Natur gibt es, die feinen Werte der Worte zu wägen, und mit ganz anderem Verständnis liest man nun Aufzeichnungen von Meistern der Rede.

Neben harte Inanspruchnahme des Verstandes kommen auch Gemüt und Körper nicht zu kurz. Abends am flackernden Kaminfeuer klingen Lieder zur Laute, Gedichte werden rezitiert, Humor, ob plattdeutsch oder oberbairisch vorgetragen, findet karten Überball. Tanzlustige drehen sich schmieglam in Reigen und Kreisen. Starke Muskeln messen sich im Ringen an der Matte oder werden auf dem Holzpflaster für die Gemeinschaft nutzbar verwandt. Kennenings hat der Hausvater einen Rekrutursus eingerichtet, der aber nicht viel Zubruh findet. Schöner ist es, über Berg und Tal durch leuchtendes Laub zu wandern. Oft fliegen die Gedanken dann weit über die Höhen zu den Jugendgenossen in der Heimat, die an der Arbeit sind. Heil Euch!

Und eine Frage taucht auf: „Nun wird der nächste, vernünftige, sozialistische Volkshochschulung den anderen wartenden Gelegenheiten bieten, ihr Können zu wehren und zu festigen? Wie wollen sie hoffen, daß sich die Alten und die Jungen der Bedeutung dieser Bildungs- und Gemeinschaftsarbeit und der Aufgaben des kommenden Geschlechts bewußt sind.“

Welche Bedeutung hat die Verschiedenartigkeit der Menschen für unsere Bewegung?

Von Dr. Immanuel Kemp.

Wie der Pflanzenbeobachter oder Tierkenner die Pflanzen- oder Tierwelt in tausende von Spielarten einteilt und diese wieder zu größeren Klassen zusammenfaßt, um die vielgestaltige Lebenswelt besser übersehen zu können, so haben auch Menschenbeobachter die artreiche Menschenwelt in verschiedene Gruppen zusammenzuordnen versucht. Mit der von Rassenforschern und Anthropologen vorgenommenen Einteilung der Menschen nach der Hautfarbe, Gesichtsbildung und Schädelform sind aber nur äußere, körperliche Merkmale bestimmt. Auch die bei Wissenschaftlern so beliebte Einteilung nach der Zugehörigkeit zu einer in einer Entwicklungsstufe der Produktionsweise vorherrschenden Wirtschaftsschicht in Arbeiter, Bourgeois Kleinbürger und Proletariat trifft nicht das Eigentümliche der menschlichen Eigenart der Menschen. Marx hat gewiß Recht mit seiner Behauptung, daß das Daseinseinssein in eine Wirtschaftsform die Denk- und Empfindungsweise entscheidend beeinflusst, daß also das „gesellschaftliche Sein das Bewußtsein umgibt“. Doch ist der Mensch nicht bloß Angehöriger einer Wirtschaftsschicht, so wenig er nur Glied einer Rasse, eines Staats- oder Sprachen- oder gar Religionsverbandes ist. Das eigentliche Menschliche äußert sich nicht mehr gerade in dem, was noch übrig bleibt, wenn man von allen diesen gesellschaftlichen Merkmalen einmal absieht.

Die alten Griechen versuchten eine Einteilung der Menschen nach der Erregbarkeit und Stimmungslage des Gemüts. Sie unterteilten den ruhigen Phlegmatiker vom aufbrausenden Choliker, den trübfinnigen Melancholiker vom frohsinnigen Sanguiniker. Doch auch das Temperament trifft noch nicht den Wesenskern der menschlichen Persönlichkeit. Für die Menschenbeurteilung und Menschenbehandlung viel bedeutungsvoller scheint mir die von Spranger (Lebensformen, Halle, Niemeyer 1921) vorgeschlagene Einteilung der Menschenarten nach ihrer Grundeinstellung zum Leben selbst, nach ihrer Auffassung vom höchsten Lebenswert und tiefstem Glück. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend findet Spranger, daß allen menschlichen Persönlichkeiten sechs Grundtypen zugrunde liegen. Er nennt sie den ökonomischen oder Wirtschaftsmenschen, den ästhetischen oder Phantasiemenschen, den politischen oder Machtmenschen, den theoretischen, den sozialen und den religiösen Menschen. Dem Wirtschaftsmenschen ist der Erwerb materieller Güter der höchste Wert. Er sucht mit möglichst geringer Kraftausgabe einen möglichst hohen Nutzen zu erzielen. Das Nützlichste ist ihm das Gute, Wirtschaftlichkeit die größte Tugend. Arbeit und Genuß sind die Wege, um des greifbaren Besseres teilhaftig zu werden. Dem Phantasiemenschen dagegen ist das Leben eine Art Spiel, das er mit seiner Einbildungskraft künstlerisch gestaltend oder erfindend zu bewältigen sucht. Das Schöne ist ihm das Gute, der schöpferische Mensch der am höchsten geschätzte. Die nützlichste Welt ist ihm nun Schein gegenüber der von ihm geschaffenen oder erlebten.

Der Machtmensch andererseits will gelten und herrschen. Das Leben ist ihm ein Aufgabekreis, den er sich setzt, in dem er eine Rolle zu spielen gedenkt. Das Kraftvolle und Würdevolle ist ihm das Höchste. Wertvoll nur die Welt, die er mitgestaltet hat. Er verkennt sich nicht in die Geschichte, bloß um sie zu begreifen oder zu erleben, sondern er macht, mit Bismarck zu sprechen, Geschichte. Den theoretischen Menschen besteht der Drang nach geistiger Einordnung aller Dinge in ein klares System von Begriffen und Gesetzen. Er will die Welt meistern, indem er sie zu begreifen sucht. Die wissenschaftlich erkannte Weltordnung ist für ihn der höchste Wert. Alles Nützliche ist demgegenüber vergänglich, alles Bloßschöne nur Schein und Täuschung.

Der soziale Mensch will seinen Mitmenschen helfen. Seine Seligkeit besteht in der Abwendung fremden Leidens oder Elends. Die Menschenverbrüderung ist sein Ideal. Was das Elend noch so häßlich sein, das rührt ihn nicht ab; im Gegenteil, das erhöht seinen Eifer, es zu beseitigen. Nichts betrübt ihn mehr als das Gefühl, daß es auf der Welt Elend gibt, dem er nicht steuern kann. Als letzten Typ bezeichnet Spranger den religiösen Menschen. Darunter versteht er einen Menschen, dem selbst Kunst, Wissenschaft und Menschenliebe nicht das Höchste sind, sondern der darüber hinaus noch einen höheren Wert sucht, der über Zeit und Raum erhaben ist und seinem Leben erst den vollen Wert und Sinn verleiht.

Man kann vielleicht zweifeln, ob man den religiösen Menschen, wenn man dem üblichen Sprachgebrauch folgt, als einen besonderen Typ bezeichnen soll und nicht lieber als eine besondere Ausprägung der fünf anderen Arten. Will der Religiöse nämlich die letzten Fragen und höchsten Werte erkennen, so gehört er zum theoretischen Typ: will er in andächtiger Erbauung oder in Verehrten in die unendliche Majestät der Natur das Höchste erleben, so gehört er zum ästhetischen Typ; will er durch seinen frommen Lebenswandel sich ein besseres irdisches oder himmlisches Los erwerben, so ist er ein ökonomischer Mensch; will er andere zu seinen Anhängern bekehren und so über ihre Gemüter und Seelen Macht gewinnen, so gehört er zum politischen Typ; glaubt er schließlich durch Werke der Nächstenliebe sich der Liebe Gottes würdig zu erweisen, so ist er ein sozialer Mensch.

Wer sich einmal daraufhin die Menschen seines näheren Bekanntschaftskreises ansieht oder einen Streifzug in die Geschichte während der Persönlichkeiten macht, wird finden, daß das verachtete Verhalten der Menschen in gleicher Lage auf dem Vorherrschenden dieses oder jenes Typs zurückzuführen ist.

Welche Bedeutung hat nun diese Erkenntnis der verschiedenen Grundtypen für unsere Bewegung? Sie kann die Bekämpfung der Erörterungen erleichtern, der Erziehungssozialismus neue Wege weisen, die Werksarbeit für den Sozialismus erfolgreicher gestalten und die Aufgaben sozialistischer Arbeit erweitern.

Die Diskussion in öffentlichen Versammlungen verlaufen oft ergebnislos. Worauf beruht das? Das liegt nicht selten an der verschiedenen geistigen Grundeinstellung. Ein ausgeprochen sozialer Mensch wird die Anwendung von Gewalt verabsäumen, während der politische Typ den Kampf um die Macht ohne Anwendung von Machtmitteln für ausbleibend hält. Während ein ästhetischer Mensch ungestört an logischen Widersprüchen vorbeischießt, wird ein theoretischer Mensch an nichts so großes Ergebnis nehmen, als an einem Mangel an Folgerichtigkeit.

Die Diskussionen könnten fruchtbarer werden, wenn sich jeder Diskussionsredner fragen würde, welchen Typ der Gegner angeht, und seiner Gewandtheit so einrichtet, daß er von diesem verstanden werden muß. Einen Theoretiker werbe man logische Widersprüche vor, einem Ästhetiker mache man auf die Häßlichkeit eines sozialen Menschen auf die Grausamkeit einer politischen Partei auf die Machtinbuße, einen ökonomischen Menschen auf die Korruptibilität aufmerksam, die die geforderten Resultate nicht bringen, und man wird auf Verständnis und Gegenüberkommen stoßen.

(Schluß folgt.)

Sind Ihr sollt vorwärts dankbar sein.

Von Leopold Jacoby. Jeder Erwachsene soll den Kindern dankbar sein, Der Lehrer soll den Schülern dankbar sein, Der Gegenwärtige soll den Kommenden dankbar sein, Durch den Dank nach rückwärts ist die Anekdote schaff gekommen, Durch den Dank nach vorwärts können die Sklaven freie Menschen werden Und muß alles Gland ein Ende haben.

Vollblut.

Stige von Gustaf Gellerham. In dem Grubenweert, tief unter der Erde, wo niemals ein Sonnenstrahl hindringt, geht ein breiter Gang, der die verschieden Schächte mit dem Blase verbindet, wo das Erz hingehüllt wird, um dann aus Tageslicht hinaufbefördert zu werden. Auf diesem Wege hört man Stunde für Stunde Pferde auf den rauhen Steinen klappern. Kleine rauhaarige Pferde ziehen unverdrossen die schweren Karren voll großer Steinblöcke durch die breiten Gänge dahin, in denen der Schein der graujährigen Laternen das einzige ist, was das Sonnenlicht ersetzt. Und wenn endlich der Abend kommt und Tiere und Menschen zum hellen Tageslicht hinaufgeholt werden, das ihnen die Augen brennt, die an das Dunkel gewöhnt sind, dann sind die kleinen Pferde nach des Tages Nachtarbeit müde. Mit gelentem Kopfe stehen sie eben auf dem Feld, ihre Augen blickeln gegen die Abendsonne, die am Horizont der entlosten Ebene verfinstert, und sie gehen langsam und zufrieden zum Stalle, wo sie in schwerem Schlaf auf dem dünnen Strohsattel niederfallen. Die alten Leute erzählen, einmal, vor vielen Jahren, kam ein junges Vollblutpferd in die Grube herunter, es wurde vor den Steinblöcken gespannt und mußte in Reih und Glied mit den kleinen Pferden das Erz vom Schachte her zum Aufzugsplatz schleppen. Es war von einem Stallknecht, der die Pferde zu oft gebraucht, schlecht eingefahren worden, und als es ein paar mal die Gabelschere zerbrochen hatte, als es den Wagen des Grubebefähers ziehen sollte, schickte er es unter die Erde, damit der Steinladen und das Dunkel sein wildes Blut säumen sollte. Das Vollblutpferd ging auch still vor dem Karren; es war durch die Dunkelheit erschreckt, und es gehörte aus Angst vor den schweren Reibschuhen. Unter der Erde verlor sein Fell seinen Glanz, die Augen wurden matt und die üppige Mähne verfilzt und grau vom Schmutz. Aber die breiten Gänge waren auch niedrig, und wenn das Vollblutpferd an dem engsten Punkte vorstreiten sollte, so die kleinen Arbeitstiere allmählich ihre Last hingezogen hatten, ohne die Nähe der Bergwand zu ahnen, die erst einen Zoll über ihrem Rücken herabging, so trugte der harte Stein die empfindliche Haut des hochgewachsenen Rosses. Jedesmal, wenn das Pferd an diese Stelle gelangte, blieb es stehen und sein ganzer Leib zitterte. Aber langsam schaute die unerbittliche Peitsche hinter ihm, und wie in Wat schritt es vorwärts, indem es das Gebiß kante, daß sich der Geißel mit Blut wärmte. Wenn es sich bückte, so kam es unter der Last des Karrens in die Knie, und richtete es sich auf und zog, so wurde das schwarzglänzende Fell an den scharfen Spitzen der Bergwand abgerissen. Da, erzählten die alten Leute, hätte eines Abends, als es zum Tageslicht hinaufkam, keinen verwundeten Rücken gefreut und der untergehenden Sonne entgegengegrünelt und gewiehert. Und in seinem Bilde lag eine Sehnsucht wie in dem eines Menschen.

Liebe und Ehe

bei Niessche und Schleiermacher.

Von Julius Steinberg. Es ist charakteristisch, wie sehr in Schleiermachers Betrachtungen über den Sinn und das Ziel der Ehe die Frage der Rechtfertigung in den Hintergrund tritt. Wohl erwähnt er gelegentlich die „jungen Kinder“ Hermites, denen er ein guter und lieber Vater zu sein gedenkt. Auch streift er hier und da bei seiner Besprechung des Familienlebens die Frage der Kinder in wohlwollender Weise. Aber nirgends tritt es in seiner niesschen Betrachtung der Ehe und ehelichen Liebe hervor, daß er einen wichtigen, geschweige denn den Hauptgeden der Ehe in der Zeugung der kommenden Generation erblickt. Das A und O ist ihm die innige Gemeinschaft mit der geliebten Frau der er den entscheidenden Wert beizumessen, ganz im Gegensatz zu Niessche, der der Akt der Fortpflanzung als Zweck der Ehe betrachtet. Dagegen hilft Dir der Garten der Ehe! Einen höheren Geduld sollst Du haben, eine erste Bewegung ein aus sich rollendes Rad, — einen Schaffenden sollst Du schaffen. Ehe, so heißt es den Willen zu zweien, das Eine zu schaffen, das mehr ist, als die es können. Ehrfürcht voreinander nenne ich eine solche Ehe als vor dem Rollen eines solchen Willens. Dem eigentümlichen Standpunkt der der romantischen Auffassung vorzuziehen lag, war solche Betrachtungsweise offenbar fremd. Die Ausbildung und Sernaufführung der individuellen Eigenartlichkeit des Individuums ist das Ziel der Ehe, die Erziehung von Seele zu Seele — das lag den Romantikern in erster Linie am Herzen und ließ wenig Raum zu einer Zielsetzung gegenüber dem Kinde. Es heißt Schleiermacher den Hauptzweck der Ehe in der sittlichen, geistigen und leiblichen Gemeinschaft der Ehegatten, in ihrer wechselseitigen Fürsorge — denn alle Sorge ist mütterlich und väterlich — und in der hierdurch bewirkten Steigerung und Vollendung des persönlichen Lebens. Die gegenseitige Meinung erklärt er in den „Vertrauten Briefen“ geradezu als eine Kezerei: „Woh! sei Dank, ich weiß doch, daß es nichts ist mit dieser wunderlichen Kezerei, die zwar nicht ausdrücklich behauptet, aber verneinlich genug angedeutet ist: als ob das Weib, wenn der Liebe hat erst dem in das heiligere einer wahrer Ehe verwandelt, wenn die Liebenden sich als Vater und Mutter begreifen.“ (Die vorstehenden Ausführungen sind mit Genehmigung des Verlegers von Niessche'schen Verlag in Dresden in vorzüglicher Ausstattung erschienen.)

In derselben Nacht riß es sich aus dem Stalle los, wo die kleinen rauhaarigen Pferde den müden Schlaf der Blase nach des Tages Arbeit schliefen. Es galoppierte durch die offene Tür hinaus in das Freie, und als der Morgen anbrach, lag sein großer, schwarzer Körper am Meerstrand angepökt. Das Wasser hatte den Staub aus seiner Mähne ausgeklopft und seine Wunde reingewaschen. Prächtig leuchtete sein geschmeidiger, schwarzer Körper gegen den weißen Sand, den die Wellen bespülten. Und die alten Leute meinten, das Tier hätte sich in Verzweiflung ertränkt. Es war zu groß, sagten sie. Und die Grube war ihm zu eng, darum starb es. Aber die Grubenarbeiter rebeten noch von dem schwarzen Pferde, das nicht ohne Lust und Sonnenlicht leben konnte. Denn die Sage bewahrt das Gedächtnis all der Aufrührer, die lieber sterben wollten, als sich dem Leiden unterwerfen.

Arbeiterjugend und Politik.

Zwei geistige Strömungen ringen in der Jugendbewegung um die Vorherrschaft. Die eine will das junge Volk von den Strudeln der Politik fernhalten und geht auf in Wandern und Singang und kulturellem Geschie. Die andere, am extremen von der kommunistischen Jugend vertritt, möchte die heranwachsende Generation am liebsten zur Parteiluppe machen und ordnet diesem Zweck alles unter. Beide Anschauungen sind unvollkommen. Die Jugend soll das eine tun und das andere nicht lassen: soll wandern und singen und — vornehmlich die Jugend des arbeitenden Volkes — sich doch interio mit Politik beschäftigen. Denn erst ist eine harmonische Entwicklung aller Fähigkeiten gewährleistet. Die Art, in der sich die Jugend mit den politischen Ereignissen auseinandersetzen soll und kann, läßt sich am besten klären, wenn man die Bedeutung des Wortes Politik prüft und dann die besondere Stellung des Jugendlichen im Rahmen des gesellschaftlichen Lebens berücksichtigt. „Politik“, sagt Stamper in seiner Schrift „Grundbegriffe der Politik“, ist die Universalität des menschlichen Handelns. So ist es! Politik handelt, heißt eine zweckbewusste Tätigkeit entfalten, die das Leben in der menschlichen Gemeinschaft erträglicher machen soll. Die politische Tat erstreckt also ein Ziel, in zweckbewusst. Daraus ergibt sich, daß der politische Denker und Handelnde die Elemente des politischen Lebens, die Sorgen, Gemüthsheiten, Bedürfnisse, Besonderheiten der menschlichen Gesellschaft, ihre Schichtung, Interessengruppen usw. kennen muß, ehe er an die Forderung bestimmter Verhältnisse denken kann. Eine ungeheure Fülle sozialistischer Erkenntnisse, praktischer Erfahrungen ist notwendig, ehe ein Mensch politisch zu urteilen und zu handeln vermag. Ein Ziel ist sich nur durch Anwendung zweckmäßiger Mittel erreichen. Im Arsenal des politischen Kampfes finden wir mancherlei Waffen: Versammlungen, Zeitungsartikel, Flugblätter, Reden, Streikdemonstrationen, Boykott, Märsche, Wahlen, Volksversammlungen, Steuererweigerung gehören dazu, aber auch der militärische Staatsstreik, Parteikampf und der politische Mord; wenn gleich diese als Verbrechen nicht betrachtet werden muß. Unter diesen Waffen die geeignetste herauszufinden und anzuwenden, ist die Aufgabe des politischen Führers; jede gibt als Wiltensstundegebund und bewirkt eine bestimmte Wirkung. In der kapitalistischen Gesellschaft tritt jede politische Aktion einer Interessengruppe gegenströmungen ins Leben. Unternehmerrischen stehen gegen Unternehmer; meist aber alle Kapitalistengruppen gegen die Arbeiterklasse. Diese Interessengruppen zu erkennen, den feindlichen Willen zu durchdringen, ein eventuelle Zusammenhänge abzurufen, Verbündete für den Kampf zu gewinnen, die richtigen Mittel zur Gewinnung der Volksmeinung anzuwenden usw. ist Aufgabe der politischen Taktik. Der Taktiker muß handeln wie ein Schachspieler; Zug folgt auf Zug, bis der Gegner schachmatt ist. Daraus ergibt sich, daß die Politik eine Wissenschaft ist, deren Handhabung die Kenntnis der in einer Gemeinschaft von Menschen lebendigen geistigen und materiellen Kräfte voraussetzt. Die Kritik der sozialen Verhältnisse zeigt dem Politiker das erstrebenswerte Ziel; die nüchternere Überlegung muß ihm den Weg zum Siege weisen. Begeisterung, Opferbereitschaft im

Kampf sind notwendige Eigenschaften zum Siege. Wegweiser darf nur der Verstand sein. Politik ist also die Kunst, die gesellschaftlichen Verhältnisse zweckbewußt und durch zweckmäßige Methoden im Sinne eines ideelleren Gemeinheitslebens zu beeinflussen. Die Jugend aber ist einst berufen, die Kunst auszuüben. Jede Kunst will gelernt sein. Die Jugend muß daher die Gesetze des menschlichen Gemeinheitslebens kennen lernen, ihre Formen, Gesetze, Widerstände, die Triebkräfte der menschlichen Handlungen und die Grenzen der fortschrittlichen Entwicklung, die in der geistigen Verfassung der Menschheit, ihren kulturellen Bedürfnissen und in dem technischen und organisatorischen Aufbau der Gütererzeugung und Verteilung zu finden sind. Das ist eine ungeheure geistige Arbeit. Sie erfordert aktive Beteiligung am politischen Leben als Lernende, Studium der Parteien und ihrer Schriften, Kenntnis der Wirtschaftskräfte, der kulturellen Strömungen, der Klassengemeinschaften. Wer diese Arbeit geleistet, kann zweckbewußte und zweckmäßige Politik treiben.

Gegen die Sotenseiherei.

Ein Mitglied der Arbeiterjugend schreibt uns: Unsere Arbeiterjugend-Organisationen erstrecken eine Erziehung in Reinheit und Schönheit. Was aber nützt uns alles gute Wollen, wenn wir in den Betrieben oft rohen Späßen und unzüchtigen Gesprächen älterer Arbeitstagen ausgelegt werden? Man freit es, über eine fittliche Verrohung unserer Jugend zu schimpfen. Aber nicht nur Kino, Tanz und Schundliteratur sind die Nährstätten der Verwahrlosung für unsere Vierzehner bis Achtzehnjährigen. Besonders trüblich liegen, wie ich am eigenen Leibe erfahren habe, die Verhältnisse in manchen Betrieben, wo beide Geschlechter gemeinsam arbeiten. Wie mancher junge Mensch ist dort schon vergiftet worden. Die Entrüstung unserer jungen Freunde und Freundinnen über diesen Zustand ist groß und sie macht gottlos von Tag zu Tag. Wir, die wir in den Arbeiterjugend-Organisationen zu neuen Lebensformen und zu fittlicher Reinheit streben; wir rufen Euch, Ihr älteren Arbeitsbrüder und -schwestern, die Ihr mit uns fühlt und unser Wollen versteht, auf, mit uns den Kampf gegen die fittliche Verrohung und gegen die unzüchtigen Beifüllungen in den Betrieben aufzunehmen und uns tatkräftig darin zu unterstützen. Genossen und Genossinnen! Wir sind die sozialistische Jugend, von der Ihr verlangt, daß wir das von Euch begonnene Werk fortsetzen und zu einem freigeigen Ende führen. Wir sind begeistert und guten Willens, das zu tun. Aber wir können es nur, wenn unsere Herzen und Seelen rein sind, daß Platz darin ist für all das Hohe und Schöne, das im Sozialismus lebt. Darum: Helft uns! Steht uns bei in unserem Kampfe!

Einzelheiten.

Es gibt keine Wahrheit, die unabhängig wäre von unserem Glauben. Wer eine von seinem Glauben unabhängige Wahrheit sucht, wird am Ende seines Weges bei einer kleinen Nichtigkeit angelangt sein. Es kommt in der Kunst nicht darauf an, etwas Alltägliches besonders darzustellen, sondern etwas Besonderes allgemein. Der Glaube an die Gesehmäßigkeit des Weltwesens wird der Menge niemals eigenümlich sein, da der Durchschnittsmensch die Symptome ihrer Wirkung immer vergeblich an sich selbst suchen wird. In seinem Eigenen maßvoll zu sein ist Aug. Jedes andere Aufwand ist nicht der Mühe wert. Die allgemeine Klage über die Viebloßigkeit der Zeit hat ihren Grund darin, daß wir Liebe immer nur suchen — bei anderen. Waldemar Bonjeis, Ich bin nicht schön! so sprach das Mädchen leise Und überwand im Stillen ihre Qual; Und als sie nun in ihrer Schwester Kreise Zurücktrat, war sie es zum erstenmal. Friedrich Hebbel.